

Reader



Die Streiks bei Charité und CFM im Jahr 2011

Artikelsammlung von
Texten und Flugblättern aus

sozialismus ■ info
solidarität
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Einleitung

Im Jahr 2011 fanden an der Berliner Charité große und wichtige Arbeitskämpfe statt. Die Charité-Beschäftigten führten im Mai 2011 einen fünftägigen Krankenhausstreik, der 90 Prozent der Operationen verhinderte und 50 Prozent der Betten schloss. Bei der ausgegliederten und teilprivatisierten Servicetochter Charité Facility Management (CFM) fanden im Mai und von September bis Dezember Streiks zur Durchsetzung eines Tarifvertrags statt. Wir veröffentlichen hier Artikel, Interviews und Flugblätter der SAV aus der Zeit und zur Bilanz der Streiks.

12.4.2011: Charité-Beschäftigte machen mobil

Lohnplus von 300 Euro pro Monat gefordert

2006 konnte die Belegschaft des größten Uniklinikums von Europa dank eines zweiwöchigen Ausstands das Spardiktat des Berliner Senats durchkreuzen. Trotzdem liegen die Gehälter der 13.000 KollegInnen immer noch unter dem Bundesniveau. So liegen die mittleren Einkommen 14 Prozent unter denen in vergleichbaren Krankenhäusern. Deshalb werden jetzt – zum 300. Geburtstag der Charité – 300 Euro mehr verlangt.

Am 15. März gab es einen ersten Warnschuss Richtung Arbeitgeber. Von 6 bis 18 Uhr war so gut wie jede Abteilung an allen drei Standorten Mitte, Wedding, Steglitz vom Warnstreik erfasst, insgesamt beteiligten sich über 2.000 Beschäftigte.

Erfolgreicher Warnstreik

Überall verlängerten sich die Wartezeiten für die PatientInnen eklatant. Eine Notfallversorgung war aber garantiert. Schon am Morgen versammelten sich Hunderte von Beschäftigten vor dem Eingang des Bettenhochhauses auf dem Campus Mitte zu einer Auftaktkundgebung. Nachmittags gab es erneut Versammlungen vor den Einrichtungen, Redebeiträge und einen Demozug.

Am Protest beteiligten sich auch KollegInnen der vom „rot-roten“ Senat ausgegliederten und teilprivatisierten Charité Facility Management GmbH (CFM). Die rund 2.150 Beschäftigten haben momentan überhaupt keinen Tarifvertrag. Die CFM weigert sich seit 2006, einen Tarifvertrag zu vereinbaren. Darum mobilisiert ver.di innerhalb des laufenden Charité-Konflikts auch die Beschäftigten der CFM für einen Tarifvertrag.

Urabstimmung

Nachdem die Arbeitgeber – nach über vier Monaten Verhandlungen – lediglich anboten, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bis 2017 „anzupassen“ und die Gehälter ab Juli nur um zwei Prozent (aufs Jahr gerechnet ein Prozent) ansteigen zu lassen, zog ver.di die Reißleine und leitete die Urabstimmung ein. „Die Sturheit des Arbeitgebers ist eine offene Aufforderung zu einem unbefristeten Vollstreik an der Charité“, so Carsten Becker, Vorsitzender der ver.di-Betriebsgruppe.

Die Kürzungen, die Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) letztes Jahr beschloss (konkret die Streichung des Teuerungsausgleichs für die sogenannten Basisfallwerte im Finanzierungssystem), werden die Charité 2011 geschätzte 18 Millionen Euro kosten. „Nicht umsonst haben die Beschäftigten einen Fotobesuch von Rösler am 15. März vereitelt und ihn in die Flucht geschlagen“, meinte Carsten Becker.

2.5.2011: „Explosive Grundstimmung“

Gespräch mit Stephan Gummert von der ver.di-Betriebsgruppe* zum Arbeitskampf an der Charité – ab heute streikt die Charité in Berlin

Was fordert ihr im Tarifkonflikt?

Die Hauptforderung ist ein Festbetrag von 300 Euro für alle, denn dies ist die Differenz zu anderen vergleichbaren Kliniken. Die Charité ist zu einer Billiglohninsel verkommen. Wir fordern dies auch vor dem Hintergrund von Entgeltsteigerungen beim ärztlichen Dienst von 14,9 Prozent in den letzten zwei Jahren. Die Charité möchte diesen Anpassungsprozess mit Mikrogehaltssteigerungen von jährlich zwei Prozent bis 2017 hinauszögern. Es gibt dann auch noch die eine oder andere Baustelle des Haustarifvertrags zu richten. Wir haben Forderungen zur besseren Vergütung von Nachtarbeit, zur tariflichen Besserstellung von Teilzeitkräften und die Honorierung von zusätzlichen Diensten auf dem Schirm. Allerdings sind das die Forderungen vor dem Scheitern gewesen. Nach einem Streik wird das Paket sicher neu geschnürt, denn während der Mobilisation kommen immer mehr Tarifforderungen aus der Belegschaft, die dann entsprechend berücksichtigt werden müssten.

92,9 Prozent votierten für Streik. Wie ist die Lage nach der Urabstimmung?

Der sogenannte Leuchtturm Charité ist für die Beschäftigten zu einer Ruine geworden. Schlechte Arbeitsbedingungen, keine Perspektiven, schlechte Vergütung, immer mehr Konflikte im Arbeitsalltag mit Patienten und Angehörigen haben eine explosive Grundstimmung erzeugt. Als wir im März mit der Warnstreikmobilisierung begonnen haben, fühlte ich mich wie ein Fackelträger, der nur noch zur bereits gelegten Zündschnur gehen musste. Viele Bereiche nutzen mittlerweile aktiv die Möglichkeiten zur Selbstinformation. Eine Facebook-Gruppe, die wir anlässlich der drohenden Auseinandersetzung etablierten, explodierte im Warnstreikverlauf von acht auf über 300 Mitglieder. Wir stellen fest, dass gerade junges Fachpersonal die Scheu vor Gewerkschaften und Auseinandersetzungen verliert, aber eben dieses Personal orientiert sich auch in andere Richtungen.

Wie reagieren Patienten?

Ich erlebe nur Zuspruch und Solidarität. Angehörige kamen zum Warnstreik, um ihre Familienmitglieder zu versorgen, damit möglichst viele Kolleginnen und Kollegen die Station verlassen konnten. Auf der Warnstreikkundgebung im Wedding griff ein Patient der umkämpften Kardiologie demonstrativ zum Mikrofon und versicherte den Streikenden kurz nach seiner Schrittmacheranlage seine unbedingte Solidarität. Ich denke, wir werden sicherlich in den kommenden Streikdemonstrationen den einen oder anderen gehfähigen Patienten mit auf die Märsche nehmen. Zur Not schieben wir ihn auch im Bett.

In der ver.di-Betriebsgruppe habt ihr ja diskutiert, ab 2. Mai einen großen Streikauftakt zu organisieren. Was sind eure Überlegungen?

Es wollen alle mitmachen und da viele Prozesse klinikintern abteilungsübergreifend verzahnt sind, macht es keinen Sinn, nur einzelne Bereiche oder Campi zum Streik aufzurufen. Vorstand und Politik haben die Charité als Ganzes brüskiert. Aus diesem Grund sollte sich auch die ganze Charité sofort bei Kampfmaßnahmen beteiligen können. Streik findet drinnen und draußen statt. Das Konzept beinhaltet Komplettschließungen von Bereichen, Teilbettenschließungen, von systematischer Personalreduzierung auf Nachtdienstniveau und das Bestreiken einzelner – meist übernommener ärztlicher – Tätigkeiten. Wichtig ist, dass die Tochterfirma, die alle Aspekte des Facility-Managements vereint, ebenfalls demnächst die Urabstimmung einleitet, um dann Schulter an Schulter mit uns zu kämpfen. Hier geht es um einen Erzwingungsstreik für einen Tarifvertrag und hier wird es im Arbeitskampf zu wunderbaren Synergieeffekten kommen.

Ihr steht ja auch im Konflikt mit einem SPD/LINKE-Senat. Welche Erfahrungen habt ihr mit „Rot-Rot“?

Der Senat hat uns die Suppe eingebrockt. Analog zur Geschichte vom Zauberlehrling muss er nun mit den Geistern umgehen, die er mit der Tariffucht seinerzeit rief. Die Haltung von Senat und Parteien, dass sie mit einem Tarifkonflikt eigentlich wegen der Tarifautonomie nichts zu tun hätten, ist beschämend, denn das Land ist der Eigentümer der Charité. Eigentlich gehört die Charité allen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt und würden diese gefragt, dann hätten wir auch eine auskömmliche Finanzierung.

**Funktionsangabe dient nur der Kenntlichmachung der Person*

5.5.2011: Der Arbeitgeber ist unter Druck – Jetzt entschieden weiter machen

Flugblatt der SAV Berlin zum Streik der Charité-KollegInnen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Eure ersten Streiktage waren ein großer Erfolg. Der Arbeitgeber ist schon nach zwei Tagen unter massivem Druck, weil er erhebliche Verluste aufgrund eures Streiks hat. Fast alle OP-Säle dicht, ein knappes Drittel aller Betten bestreikt, geschlossene Rettungsstellen und und und. Allein die ausgefallenen OPs kosten die Charité täglich 500.000 Euro!

Eure Entschlossenheit und Selbstbewusstsein waren auf der Kundgebung am Dienstag unüberhörbar. „Das einzige, was uns rettet, ist unser Widerstand,“ rief Carsten Becker gestern bei der Demo und bekam dafür frenetischen Applaus. Eure Kampfbereitschaft macht KollegInnen in anderen Krankenhäusern Mut, wie gestern auf der Demo Vertreter von Vivantes und anderen Häusern berichteten. Die Bevölkerung ist sehr solidarisch mit eurem Streik, was sich auch in einer bisher durchweg positiven Medienberichterstattung niederschlägt.

Die erste Reaktion des Arbeitgebers, euch eine Angleichung der Gehälter bis 2017 anzubieten ist eine bodenlose Frechheit. Die 300 Euro müssen voll durchgesetzt werden. Eine Angleichung bis 2017 würde bedeuten, euch jedes Jahr ein Sechstel zuzugestehen und euch von der bundesweiten Lohnentwicklung weiter abzukoppeln. Dafür seid ihr nicht in den Streik getreten! Es ist richtig, dass der Streik trotz Gespräche fortgesetzt wird. Der Arbeitgeber hat ein Interesse daran, dass ihr euren Arbeitskampf unterbrecht, weil er hofft damit eure Dynamik bremsen zu können. Es ist richtig, dass Bettina Weitermann von ver.di am Dienstag verkündete, dass die Arbeitskampfmaßnahmen nicht unterbrochen werden und dass die KollegInnen über alles informiert werden und dann demokratisch entschieden werden soll, ob verhandelt wird. Aber auch wenn verhandelt werden sollte: Es ist wichtig, den Druck von unten aufrecht zu erhalten durch eine Fortsetzung des Streiks.

Den Streik weiter stärken

Euer Streik wird noch stärker, wenn sich mehr KollegInnen als bisher in den Diskussionen über die Streikstrategie und Ablauf einbringen. Setzt euch auf den Stationen und Abteilungen zusammen und diskutiert, wie der Streik läuft und wie er ausgeweitet werden kann. Aber auch das gemeinsame tägliche Streikplenum ist wichtig. Dies sollte nicht nur genutzt werden, um alle KollegInnen zu informieren und Transparenz über den Streikablauf herzustellen (was bisher schon sehr gut funktioniert), sondern auch dazu, dass sich KollegInnen einbringen in die Debatte, wie es weitergehen soll und ein wirklicher Austausch stattfindet. Das Streikplenum soll auch der Ort sein, an dem gemeinsam entschieden wird, das gilt besonders für den Fall wenn ein Angebot des Arbeitgebers vorliegt.

Das Streikplenum ist auch geeignet, um zu diskutieren, wie man es erreichen kann, noch mehr KollegInnen der CFM in den Arbeitskampf einzubeziehen und der Drohung des Arbeitgebers etwas entgegen zu

setzen. Wenn es nicht gelingt zeitgleich einen Tarifvertrag für die CFM-KollegInnen durchzusetzen, wird das negative Auswirkungen auf alle KollegInnen haben. Dann weiß der Arbeitgeber, dass sie weiter ausgründen können und weiter Tariffucht und Lohndumping betreiben können. Viel die heute noch unter den Tarifvertrag der Charite stehen, stehen es morgen vielleicht nicht mehr. Damit muss Schluss sein! Die stärkste Waffe die wir haben, ist unsere Solidarität!

Mehr KollegInnen einbeziehen

Um euren Streik noch effektiver und wirkungsvoller zu machen, ist es wichtig ist, dass sich jetzt noch mehr KollegInnen als bisher aktiv in den Streik einbringen. Am Virchow und in Mitte wurden bereits die ersten Transpis und Plakate gemalt. In Mitte gingen am Montag viele Trupps über die Stationen, um das Bestreiken von noch mehr Betten zu erreichen. Es gibt Flugblätter, die sich an Patienten und die Berliner Bevölkerung richten, die von Trupps von KollegInnen in der Innenstadt verteilt werden können. Je mehr ihr in die Öffentlichkeit geht und über die Gründe für euren Streik informiert, desto größer wird die Solidarität mit euch und desto höher wird der Druck auf die Geschäftsleitung und den rot-roten Senat.

Viele wissen nicht, dass an der Charité Löhne gezahlt werden, die weit unter dem Niveau der Löhne bei Vivantes und dem Bundesniveau liegen. Viele wissen auch nicht, dass unter Rot-Rot die CFM ausgegründet wurde und ihnen ein Tarifvertrag verwehrt wird. Das geschieht unter einem Senat, der sich mit einem Vergabegesetz brüstet, demzufolge öffentliche Aufträge nur zu einem Stundenlohn von 7,50 Euro vergeben werden dürfen. Auch bei den Gewinn garantien an die privaten Anteilseigner der Berliner Wasserbetriebe, RWE und Veolia oder bei der Beteiligung Berlins am „Bankenrettungspaket“, hat der Senat offenbar das Motto „es ist kein Geld da“ kurzerhand vergessen.

Es muss endlich Schluss sein mit Tariffucht und Lohndumping. Das kann man Wowereit und Wolf auch deutlich machen, in dem man vorm Roten Rathaus oder den Parteizentralen demonstriert.

ver.di Berlin sollte eine Kampagne starten, um euren Streik berlinweit bekannt zu machen und Plakate in Solidarität mit eurem Streik zu kleben. Delegationen von Charité-KollegInnen könnten KollegInnen anderer Betriebe besuchen und über den Streik informieren und die KollegInnen zur Solidarität auffordern.

Das ganze System ist krank

Die Politik der Bundesregierung ist nicht darauf ausgerichtet, das Gesundheitssystem zu verbessern. Im Gegenteil: Alle letzten Gesundheitsreformen – egal ob unter Rot-Grün, Große Koalition oder jetzt Schwarz-Gelb machen die Menschen kränker und ziehen uns das Geld aus der Tasche. Wir Versicherte sollen immer mehr draufzahlen, während die Arbeitgeber immer weiter einseitig entlastet werden und die Pharmaindustrie Milliardengewinne einfährt. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern schufteten immer mehr unter Arbeitsbedingungen, die sie krank machen.

Über 150.000 Arbeitsplätze sind in den letzten zehn Jahren in den Krankenhäusern vernichtet worden, davon 50.000 in der Pflege. Dringend notwendig ist ein Ausbau statt des Abbaus der Personalversorgung. Dazu gehört ein bundesweiter Tarifvertrag zur Personalbemessung und die Stärkung der Finanzierung des Gesundheitswesens bezahlt durch eine einseitige Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge. Alle geplanten Privatisierungsschritte und Ausgründungen gehören gestoppt. Bereits privatisierte Kliniken müssen wieder in öffentliches Eigentum überführt werden.

Egal wo wir hinschauen: Das Gesundheitssystem ist ein Krankheitssystem. Es geht nicht darum, Kranken und Hilfsbedürftigen zu helfen. Es geht um Wettbewerb, Profit und Macht. Es ist doch Wahnsinn, dass sogar öffentliche Krankenhäuser sich im Wettbewerb behaupten müssen!

Der Patient wird zum Kunden. Nicht seine Gesundheit interessiert, sondern die Ausbeutung seiner Krankheit für den Profit. Absurderweise wird es „profitabel“, wenn ein Mensch krank wird.

Mit den Fallpauschalen wird der Preis der Gesundheit eines Menschen genau wie jede andere Ware kalkuliert und berechnet. Der damit verbundene Wettbewerb führt zu Überversorgung bei Behandlungen, die sich „lohnen“ und Unterversorgung bei Behandlungen, die sich nicht „lohnen“.

5 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

Ursache Kapitalismus

Der Grund für diese Mängel liegt nicht daran, dass sie noch niemand erkannt hat, sondern darin, dass der Kapitalismus nicht darauf abzielt, die Bedürfnisse der Menschen und der Natur zu befriedigen, sondern Profite zu generieren.

Das ist nicht nur im Gesundheitswesen der Fall, sondern auch in anderen Bereichen: Auch nach Fukushima sind weitere 130 Atomkraftwerke in Planung oder werden gerade gebaut. Unser Klima wird weiter zerstört. Für Öl werden immer noch Kriege geführt. Trotz immensem Reichtum wächst die Schere zwischen Arm und Reich weiter an. Was für ein Irrsinn!

Uns wird immer erzählt, es sei kein Geld da für bessere Bildung oder Gesundheitsversorgung. Gleichzeitig wurden den Banken Milliarden in den Rachen geworfen und den Hoteliers Steuergeschenke gemacht. Wir leben in einem System, in dem fünf Euro mehr für ALG-II-Empfänger nicht drin sind und gleichzeitig die Unternehmenssteuern gesenkt und auf eine Vermögenssteuer verzichtet wird.

Aber: Wenn dieses System unseren Interessen nach guter Versorgung, einem sicheren Arbeitsplatz, umweltschonender Produktion und einer Zukunft für unsere Kinder entgegenläuft, müssen wir uns nach Alternativen umsehen. Wenn nach den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt produziert werden soll, muss die Macht der Banken und Konzerne gebrochen und Großunternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden, die demokratisch kontrolliert und verwaltet werden. Nötig ist eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft. Erst dann können Bedingungen entstehen, die Krankheiten vermeiden und optimal heilen.

Damit ist klar, die Frage einer Alternative zum kranken Kapitalismus ist eine politische Frage. Aber die Profiteure des Kapitalismus werden nicht einfach ihre Meinung ändern, dazu müssen wir uns organisieren und sie zwingen. Eine kämpferische sozialistische Partei von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen ist nötig. SAV-Mitglieder setzen sich in der Partei Die LINKE für solche Positionen ein.

5.5.2011: DIE LINKE und der Charité-Streik

Worthülsen statt praktischer Solidarität

Seit Montag, dem 2. Mai, streiken tausende Beschäftigte an der Berliner Charité und bei der ausgegliederten Tochter CFM (Charité Facility Management). Die Beschäftigten bei der Charité verdienen seit Jahren deutlich weniger als Krankenhausbeschäftigte im Bundesdurchschnitt. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 300 Euro, um diese Lücke zu schließen. Außerdem fordern sie eine Ende der Ungleichbehandlung von Ost- und Westbeschäftigten, Gleichbehandlung mit den Ärzten bei zukünftigen Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen. Bei CFM gibt es gar keinen Tarifvertrag. Dort werden LeiharbeiterInnen eingesetzt und sind befristete Verträge an der Tagesordnung. Es werden zum Teil Stundenlöhne von 5,50 Euro gezahlt.

von Sascha Stanicic, SAV-Bundessprecher und Mitglied in DIE LINKE

Die Charité ist eine Landesklinik, bei CFM hält das Land Berlin einen Anteil von 51 Prozent. Der Senat fungiert also als Arbeitgeber – der Senat, an dem die Partei DIE LINKE in einer so genannten rot-roten Koalition beteiligt ist.

Nun hat der Landesvorstand der Partei und auch ihr gesundheitspolitischer Sprecher Erklärungen abgegeben, die den Anschein erwecken, die Führung der Berliner LINKEN sei solidarisch mit den Streikenden. So heißt es in einer Information über eine Landesvorstandssitzung: „Der Landesvorstand bekräftigte den Beschluss des Landesausschusses vom 15. April und stellte erneut fest, dass DIE LINKE. Berlin die Beschäftigten der Charité in ihrem Kampf für bessere Tarifbedingungen und für die Angleichung ihrer Gehälter an das Bundestarifniveau des TVÖD unterstützt. In diesem Sinne hat sich Wolfgang Albers auch in einer aktuellen Presserklärung gemeldet und haben am Dienstag Genossinnen und Genossen der LINKEN an den Aktionen der Streikenden teilgenommen.“

Tatsächlich hat Wolfgang Albers die Löhne bei CFM als „inakzeptabel“ bezeichnet und eine Ende der Lohndiskrepanz zu anderen Krankenhausbeschäftigten gefordert. Das klingt aber besser, als es tatsächlich ist. Denn der Landesvorstand unterstützt nicht die von ver.di und den Streikenden aufgestellten Forderungen und äußert sich so allgemein, dass seine Position auch die völlig unzureichenden Angebote der Arbeitgeberseite – 120 Euro Lohnerhöhung jetzt und die weitere Erhöhung bis 2016 – abdeckt. In der konkreten Auseinandersetzung zwischen einer kämpferischen und streikenden Belegschaft, die für eine schnelle und deutliche Lohnerhöhung kämpft, und einer Geschäftsleitung, die angesichts des Streiks zu Zugeständnissen gezwungen ist, diese aber begrenzt halten will, nimmt der Landesvorstand keine Position für den Streik ein. Im Gegenteil: seine größte Sorge scheint der Streik an sich zu sein, denn Wolfgang Albers' Erklärung trägt den Titel: „Schnelle Einigung an Charité wünschenswert.“. Nicht etwa: „Unterstützt den Streik an der Charité!“

DIE LINKE, und vor ihr die PDS, im Berliner Senat hat eine traurige Bilanz von Lohndumping und arbeitnehmerfeindlicher Politik im öffentlichen Dienst. Nicht zuletzt hatte der Senat den Tarifvertrag für das Land Berlin 2003 einseitig gekündigt und die Beschäftigten zu massiven Lohnkürzungen gezwungen. Stellen wurden beim Land Berlin abgebaut und auch die Ausgründung des technischen Charité-Personals in die CFM – mit allen Folgen für Löhne und Arbeitsbedingungen – hat der rot-rote Senat zu verantworten. Konfrontiert mit einer kämpfenden Belegschaft und faktischem Personalmangel (weil viele Pflegekräfte nicht mehr bereit sind, zu solchen Niedriglöhnen zu schuften) hat der Arbeitgeber nun gar keine andere Wahl, als Zugeständnisse zu machen. Die Frage ist nur, ob diese ausreichend sein werden, um die KollegInnen zufrieden zu stellen und ihre Lage merklich zu verbessern. Dazu äußert sich der LINKE-Landesvorstand nicht. Faktisch hält er damit dem Arbeitgeber den Rücken frei, Druck auf die Streikenden auszuüben und ein möglichst niedriges Ergebnis auszuhandeln.

Solidarität sähe anders aus, denn Solidarität ist vor allem etwas Praktisches. Während SAV-Mitglieder und andere GewerkschafterInnen täglich bei den Streikposten sind, um dies praktisch zu unterstützen und während zweihundert Studierende am 5. Mai eine Solidaritätsdemonstration durchführten, ist von der Partei DIE LINKE bei den Streikposten wenig zu sehen. Und auch in der Öffentlichkeit vermisst man Plakate, Flugblätter, geschweige denn eine Kampagne zur praktischen Solidarität mit den Streikenden. Ein Aufruf an Parteimitglieder zur praktischen Unterstützung hat mich bisher auch noch nicht erreicht. Bei der großen Streikdemo am 3.5. war nur eine handvoll LINKE-Mitglieder – neben den SAV"lerInnen – dabei. Als bei einer Demonstration am 5.5. einige LINKE-Mitglieder ihre Fahnen ausrollten, ernteten sie wütende Reaktionen von KollegInnen, weil diese die Partei eben nicht als aktive Kraft an ihrer Seite erleben, sondern sie als Teil der Arbeitgeberseite sehen und das Schwenken einer Fahne bei Streikaktionen dann eher danach aussieht, als wolle DIE LINKE den Streik für ihre Interessen nutzen, als ihn tatsächlich und praktisch zu unterstützen.

Wenn DIE LINKE-Führung in Berlin den Streik unterstützen wollte, würde sie ihren Koalitionspartner eine klare Ansage machen: entweder die Forderungen der Beschäftigten werden erfüllt oder DIE LINKE verlässt die Koalition! Das würde nicht nur bei den Charité-KollegInnen die Unterstützung für DIE LINKE sprunghaft steigen lassen, sondern bei allen ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen, die die Nase voll haben von Niedriglöhnen und prekären Arbeitsbedingungen. Stattdessen liegt die Partei in Umfragen für die Abgeordnetenhauswahl mittlerweile bei circa zehn Prozent. Warum? Weil niemand die Kopie braucht, wenn es auch das sozialdemokratische und grüne Original gibt und weil viele lieber gar nicht wählen gehen oder eine Kleinstpartei wählen, als DIE LINKE für zehn Jahre prokapitalistische Armutsverwaltung und Kürzungspolitik auch noch zu belohnen.

Linke in der LINKEN sollten sich von der Untätigkeit des Landesvorstands nicht bremsen lassen und selbständig praktische Solidarität für den Charité-Streik organisieren. Das wäre auch ein geeignetes Mittel, um eine linke Opposition im Berliner Landesverband zu stärken.

6.5.2011: LINKE-Mitglieder solidarisch mit dem Streik an der Charité in Berlin

Für die volle Durchsetzung der Forderungen der KollegInnen! – Dokumentation einer Erklärung von LINKE-Mitgliedern

Wir, Mitglieder und SympathisantInnen der Partei DIE LINKE, erklären unsere Solidarität mit dem Streik der Beschäftigten am Uniklinikum Charité und der ausgegliederten Tochterfirma Charité Facility Management (CFM) in Berlin.

Wir unterstützen die Forderungen nach einer Lohnerhöhung von 300 Euro an der Charité, der Angleichung von Ost und West, einem Tarifvertrag für die CFM etc.

Mit Niedriglöhnen, Ungleichbehandlungen, tariflosem Zustand muss Schluss gemacht werden!

Der Streik der Kolleginnen und Kollegen ist ein Streik im Interesse aller lohnabhängig Beschäftigten, denn er wendet sich gegen die andauernde Spirale nach unten bei Löhnen und Arbeitsbedingungen und gegen den Versuch Beschäftigte unterschiedlicher Betriebe gegeneinander auszuspielen. Der Streik ist Beispiel und Motivation für andere Belegschaften, sich auch zur Wehr zu setzen- Die große Beteiligung am Streik zeigt, dass die Beschäftigten ihre Belastungsgrenze erreicht haben und es so nicht mehr weiter gehen darf!

In dieser Situation halten wir es für inakzeptabel, dass ein Senat, an dem die Partei DIE LINKE beteiligt ist, für die niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich ist. Es ist außerdem ein Skandal, dass bei der CFM, die zu 51 Prozent in Landesbesitz ist, u.a. Löhne von 5,50 Euro gezahlt werden, Leiharbeiter eingesetzt werden und befristete Arbeitsverträge an der Tagesordnung sind. Wenn man Mindestlohn fordert, aber nicht zahlt, verliert man zurecht das Vertrauen in der Bevölkerung!

Wir fordern deshalb den Landesverband der Berliner LINKEN und die LINKE-VertreterInnen im Senat dazu auf, sich unmissverständlich auf die Seite der Charité-Beschäftigten zu stellen und sich für die volle Durchsetzung ihrer Forderungen einzusetzen.

Carsten Albrecht, DIE LINKE Berlin-Neukölln, Klemens Alff, Landesvorstand LINKE Bremen, Tarik Amal, DIE LINKE Kassel, Aron Amm, DIE LINKE Berlin-Pankow, Alexandra Arnsburg, Mitglied des ver.di-Landesbezirksvorstands, Berlin-Brandenburg, Simon Aulepp, Stadtverordneter LINKE Kassel und GEW-Vorsitzender Kassel, Petra Aulepp, Kassel, parteilos, Angela Bankert, LINKE NRW, Ursel Beck, Sprecherin DIE LINKE Ortsverband Stuttgart-Bad Cannstatt, Juliane Beer, LINKE Berlin-Neukölln, Daniel Behruzi, LINKE Frankfurt/Main und Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, Leonie Blume, Linke, Ko-Kreis Kasseler Linke, Thomas Bohm, DIE LINKE Wolfsburg, Ulrich Boje, DIE LINKE Berlin-Charlottenburg, Marianne Bolbach, Kassel, parteilos, Dieter Braeg, ehem. BR Vorsitzender Pierburg Neuss und ehem. Bezirksvertreter der Partei Die Linke im Bezirk Mönchengladbach Süd, Julia Dobberstein, LINKE Berlin-Neukölln, Daniel Dockerill, DIE LINKE Schleswig-Holstein, Norbert Domes, Linke, Stadtverordneter der Stadt Kassel, Holger Dröge, DIE LINKE Berlin-Neukölln, Jürgen Egner, NRW, IG-Metall Mitglied, Ver.di Mitglied, (Gründungsmitglied Partei DIE LINKE), Anne Engelhardt, Bezirksverordnete DIE LINKE Berlin-Mitte, Harald Etzbach, DIE LINKE Berlin-Treptow-Köpenick, Renate Gaß, Kassel, parteilos, Eckhard Geitz, DIE LINKE Kassel, Thies Gleiss, stellv. Landessprecher DIE LINKE NRW, Ralf Iden, DIE LINKE Schleswig-Holstein, Landratsratspräsidentenmitglied, Beate Jenkner Bezirksrätin Oberbayern Partei die LINKE, Frank Habermann, DIE LINKE Kassel, Eckhard Jochum, Kassel, parteilos, Manuela Karli, DIE LINKE Brandenburg an der Havel, Michael Klein, DIE LINKE Neukölln, Gerald Kleinhempel, DIE LINKE Kassel, Stefan Kretschmar, DIE LINKE Berlin-Neukölln, Streven Lavan, DIE LINKE Kassel, Miclas Lacorn, DKP Kassel, Claus Ludwig, sozialistischer Stadtrat DIE LINKE Köln, Renate Meischke KreisVorst. Kassel-Stadt, Michael Niedworok, DIE LINKE Berlin-Lichtenberg, Rudolf Reddig, Berlin, Lucy Redler, DIE LINKE Berlin-Neukölln, Behrouz Rezvani, DIE LINKE Aachen, Monika Rosenberg, Linke, KreisVorst. Kassel-Stadt, Herbert Rubisch, Berlin, Günter Senfleben, Ökonom und Schriftsteller Berlin, Jutta Singh-Kaushal, DIE LINKE Kassel, Sascha Stanicic, DIE LINKE Berlin-Neukölln, Angelika Teweleit, DIE LINKE Berlin-Neukölln, Christian Walter, DIE LINKE und Sprecher der linksjugend ["solid] Aachen, Andreas Wetzels, DIE LINKE Kassel, Thies Wilkening, Mitglied im LandessprecherInnenrat der Linksjugend ["solid] Hamburg, Manuel Kellner, Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Peter Schüren, Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Klaus Engert, Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Rainer Spilker, Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Wolfgang Meyer, Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Heinrich Bathen, Kreisverband DIE LINKE Soest, Heiner Orth, Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Birger Scholz, Bildungsgemeinschaft SALZ e.V., Helmut Born, Düsseldorf, Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE NRW, Ekkehard Lieberam, Sprecher der Basisgruppe Böhlitz-Ehrenberg/Leipzig

9.5.2011 CFM: Weiter streiken - Solidarität organisieren (SAV-Flugblatt)

Bei den gemeinsamem Streikprotesten von Charité- und CFM-Beschäftigten in der letzten Woche waren unter anderem folgende Rufe zu hören: „Tarifvertrag für CFM!“, „Die CFM das ist ein Hohn, sie zahlen nur ‘nen Sklavenlohn!“ Daran hat sich nichts geändert. In der Urabstimmung haben sich 95 Prozent der CFM-KollegInnen für Streik ausgesprochen und damit ein deutliches Zeichen gegen Lohndumping und Tarifflicht gesetzt.

Der Kampf bei CFM geht alle an

Wenn es nicht gelingt einen Tarifvertrag für die CFM-KollegInnen durchzusetzen, der an Löhnen und Arbeitsbedingungen der Charité angelehnt ist, wird das negative Auswirkungen auf alle Beschäftigten haben. Dann weiß der Arbeitgeber, dass er weiter ausgründen und weiter Tarifflicht und Lohndumping betreiben kann. Viele Arbeitsplätze, die heute noch nach dem Tarifvertrag der Charité bezahlt werden, könnten es morgen vielleicht nicht mehr sein. Es muss Schluss mit den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen, bei der CFM und an der Charité.

Charité-KollegInnen

Die weitere Unterstützung der Charité-KollegInnen ist notwendig. Das gilt für die CFM-Beschäftigten, die nach Charité-Tarif bezahlt werden, auf die der Druck von Lohndumping und Tarifflicht unmittelbar wirkt. Daher ist es gut, dass ver.di hier zum Solidaritätsstreik aufruft.

Aber das gilt auch für alle anderen Beschäftigten der Charité, mit denen in der letzten Woche gemeinsame Streikproteste stattgefunden haben. Das heißt Ablehnung von Streikbrechertätigkeiten, keinerlei Übernahme von CFM-Tätigkeiten durch Charité-Personal (z.B. Krankentransporte). Aber auch weitere Beteiligung an CFM-Kundgebungen und Aktionen.

Solidaritätskampagne

Doch für einen erfolgreichen Kampf ist gerade bei den schwierigen Voraussetzungen in der CFM breite Unterstützung aus der Berliner Bevölkerung dringend notwendig. Vor allem ver.di und die anderen DGB-Gewerkschaften sind gefordert eine Kampagne zu organisieren, um die Zustände bei der CFM und die Wichtigkeit des Streiks in der gesamten Stadt bekannt zu machen: Plakate, Kinowerbung, U-Bahn-Fernsehen, massenhafte Verteilung von Informationsflugblättern in den Betrieben der Stadt.

Es ist ein Skandal, dass die CFM unter Rot-Rot ausgegründet wurde, CFM-KollegInnen Stundenlöhne von 5,50 Euro verdienen und ihnen immer noch ein Tarifvertrag verwehrt wird. Es ist ein weiterer Skandal, dass die Geschäftsleitung den KollegInnen mit Kündigung droht, wenn sie sich am Streik beteiligen. Dabei ist die CFM zu 51 Prozent in Landesbesitz. Das heißt der Senat ist für diese Zustände unmittelbar verantwortlich.

Nötig sind Aktionen und Proteste, die sich zugleich gegen den Arbeitgeber als auch gegen den rot-roten Senat richten. Je mehr wir in die Öffentlichkeit gehen und den Senat und seine Parteien herausfordern, warum sie im Wahlkampf gegen Dumpinglöhne auftreten, sie an der CFM aber befördern, desto größer wird auch der politische Druck. DIE LINKE Berlin brüstet sich mit der Einführung des Vergabegesetzes, demzufolge öffentliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden, die mindestens 7,50 Euro Stundenlohn zahlen. Wie geht das mit 5,50 Euro bei der CFM zusammen?

Die CFM sollte also vor das Karl-Liebknecht-Haus, dies SPD-Zentrale oder auch das Rote Rathaus ziehen. Keine Lippenbekenntnisse und leeren Wahlversprechen, sondern Taten wollen wir sehen!

Die SAV setzt sich für die Gründung eines Soli-Komitees für die streikenden CFM'lerInnen ein, in dem Beschäftigte von CFM, Charité, anderer Berliner Betriebe und Öffentlicher Einrichtungen zusammenkommen können. Aber auch all diejenigen, die genug von schlechter Bezahlung und miesen Arbeitsbedin-

gungen haben. Mit Aktionen vor anderen Betrieben oder in den Stadtteilen könnte dann weitere Unterstützung mobilisiert werden, um den Streik zu unterstützen. Wer sich an einem solchen Komitee beteiligen möchte, kann sich schon jetzt unter berlin@sav-online.de melden.

10.5.2011: Euer Streik war großartig...

...aber die Auseinandersetzung geht weiter (SAV-Flugblatt)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit Eurem Streik habt Ihr Berlin eine Woche in Atem gehalten und ein wichtiges Zeichen gesetzt: es ist möglich gegen Niedriglöhne und miese Arbeitsbedingungen zu kämpfen! Euer Streik war nicht nur ein Streik für mehr Geld für Euch, sondern im Interesse aller abhängig Beschäftigten, die nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen.

Ihr habt gezeigt, dass große Geschlossenheit einer Belegschaft und Solidarität eine Wirkung zeigen. Der Arbeitgeber musste sich im Vergleich zu seinen ersten Angeboten deutlich bewegen.

Einen solchen Krankenhausstreik hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Sofort mit einem Vollstreik in den Arbeitskampf zu gehen war mutig. Ihr habt alle unter großem Druck gestanden. Streik ist kein Urlaub. Streik ist anstrengend. In einem Krankenhaus mehr als anderswo. Ihr könnt stolz auf Euer Handeln sein.

Der Streik hat eine große Dynamik entwickelt und Begeisterung aufkommen lassen. Die Solidarität zwischen KollegInnen der Charité und von CFM wuchs mit jedem Tag. Das führte dazu, dass ein Teil der Streikenden zu der Schlussfolgerung gelangte, es dürfe keinen Streikabbruch oder einen Abschluss an der Charité ohne ein Ergebnis bei der CFM geben. Das ist eine gute und richtige Haltung, denn sie wendet sich gegen die Spaltung von Beschäftigten, die letztlich doch alle für die Charité arbeiten, aber unterschiedliche Löhne und Arbeitsbedingungen haben. Leider wurde aber während des Streiks darüber zu wenig unter allen Streikenden diskutiert, um herauszufinden, ob dies tatsächlich eine Haltung der Mehrheit ist und ob diese aufrechtzuerhalten ist, wenn eine Situation entsteht, wie wir sie am Freitag gesehen haben. Denn ein Streik kann nur gemeinsam und geschlossen zum Erfolg geführt werden.

Angesichts des (im Vergleich zu vorherigen Angeboten) relativ weitgehenden Angebots der Arbeitgeber für die Charité-Beschäftigten, ist so am Freitag eine schwierige Situation entstanden. Manche KollegInnen sind mit dem Verlauf und Ergebnis der Streikversammlungen unzufrieden. Selbst Roland Tremper von ver.di sagte, der Freitag sei „Scheiße“ verlaufen. Es gibt also Diskussionsbedarf.

Wenn Ihr Euch für eine Fortsetzung des Streiks entschieden hättet, um auch für die CFM-KollegInnen ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen, wäre die Auseinandersetzung von der Arbeitgeberseite mit härteren Bandagen geführt worden und auch Ihr hättet weiterhin eng zusammen stehen und Eure Kampfmaßnahmen und Aktionen steigern müssen. Es war klar, dass unter den KollegInnen dazu eine Unsicherheit existierte und viele KollegInnen dachten, dass das Arbeitgeberangebot eine akzeptable Basis für Verhandlungen war. Die Streikleitung hatte offensichtlich vor allem die Sorge, dass der Streik in dieser Form nicht aufrechtzuerhalten sei und das Erreichte wieder hätte verloren gehen können.

Wir sind der Meinung, dass es sich dabei um legitime Bedenken handelte. Wir teilen nicht die Meinung anderer Gruppen, die wenig oder gar nichts mit Eurem Streik zu tun hatten, und jetzt laut „Verrat“ brüllen. Das Problem hat sich vor allem dadurch ergeben, dass die Streikenden unter erheblichem Zeitdruck diskutieren und entscheiden mussten. Es war gut, dass es Streikversammlungen, offene Diskussion und Abstimmungen der KollegInnen gab. Noch besser wäre eine Streikversammlung aller Standorte in einer großen Halle gewesen, damit Ihr alle gemeinsam und in Ruhe das Für und Wider hättet abwägen und zu einer demokratischen Entscheidung kommen können. Das hätte auch bedeutet, gegebenenfalls das Arbeitgeber-Ultimatum, bis 12.00 Uhr zu einer Entscheidung zu kommen, zurückzuweisen.

Der Arbeitgeber hat mit einer Eskalation gedroht, wenn Ihr dem Angebot nicht zustimmt. Sicher hätte es Versuche gegeben, den Druck auf Euch zu erhöhen und die öffentliche Sympathie für Euren Streik zu wenden. Ob das erfolgreich gewesen wäre, hätte aber auch von der Reaktion von Euch und der Gewerkschaft darauf abgehängt. Dabei war es ein Problem, dass ver.di-Hauptamtliche nicht darauf hingewiesen haben, unter welchen Bedingungen eine erfolgreiche Fortsetzung des Streiks aus ihrer Sicht möglich gewesen wäre und nicht erklärt haben, ob die Gewerkschaft alles in ihrer Macht stehende dafür unternommen würde.

In der Bevölkerung war und ist die Sympathie für Euch sehr groß. Wäre zum Beispiel tatsächlich das Benjamin Franklin vom Netz genommen worden, hätte die Verantwortung dafür klar beim Arbeitgeber und nicht bei Euch gelegen. Dies hätte ver.di durch eine breite Öffentlichkeitskampagne klar machen können und den Druck auf die beiden Parteien im Senat erhöhen können, die von guten Löhnen reden, aber als öffentliche Arbeitgeber miese Löhne zahlen. Wenn Ihr geschlossen weiter gekämpft hättet, hätten die Maßnahmen des Arbeitgebers möglicherweise zurückgeschlagen werden können. Das hätte aber zur Voraussetzung gehabt, dass die Streikfront steht und mehr KollegInnen eine aktive Rolle im Streik gespielt hätten. Ob dazu die Bereitschaft bestand, hätte in den Streikversammlungen am Freitag festgestellt werden müssen.

Denn ein Problem war und ist die zu niedrige Zahl von AktivistInnen. Die Streikleitung war die ganze Woche über extrem überlastet und am Ende ihrer Kräfte. Es hätte eine größere Aktivierung von streikenden KollegInnen geben müssen, wozu aber auch ver.di und die Streikleitung deutlichere Angebote hätten machen sollen: zum Beispiel hätten Aktionsgruppen gebildet werden können oder ein Delegiertenrat aus VertreterInnen der einzelnen Stationen hätte die Streikleitung unterstützen und demokratische Diskussionen zusätzlich zu den Streikversammlungen in kleineren Gruppen organisieren können. Das sollte als Lehre für die Zukunft mitgenommen werden – denn die Tarifverhandlungen laufen noch und der Streik muss möglicherweise wieder aufgenommen werden.

Jetzt gilt es die Ankündigung vom Freitag wahr zu machen und die KollegInnen der CFM in ihrem Kampf zu unterstützen. Das gilt für die Beschäftigten der CFM, die nach Charité-Tarif bezahlt werden, auf die der Druck von Lohndumping und Tariffucht unmittelbar wirkt. Daher ist es gut, dass ver.di hier zum Solidaritätsstreik aufruft und das Thema bei den Charité-Tarifverhandlungen auf den Tisch gepackt hat. Das hat eine erste Wirkung gezeigt: der Charité-Vorstand hat angekündigt, sich dafür einzusetzen, dass innerhalb einer Woche nach Abschluss der Charité-Verhandlungen (nicht nach Abschluss des Vertrags!) Tarifverhandlungen bei der CFM aufgenommen werden.

Für alle anderen Beschäftigten der Charité gilt ebenfalls, dass praktische Solidarität nötig ist. Das heißt Ablehnung von Streikbrechertätigkeiten, keine Übernahme von CFM-Tätigkeiten durch Charité-Personal (zum Beispiel Krankentransporte). Aber auch die Organisation gemeinsamer Demonstrationen und Proteste. Außerdem wird am 12. Mai ein Solidaritätskomitee für den CFM-Streik gebildet, woran sich KollegInnen beteiligen sollten. Gemeinsam sollte dann die Auseinandersetzung verstärkt mit den politisch Verantwortlichen im Senat geführt werden: zum Beispiel durch Demonstrationen vor dem Roten Rathaus und den Parteizentralen.

Und: bleibt aktiv! Schließt Euch der ver.di-Betriebsgruppe an, helft mit in der Gewerkschaft für kämpferische Politik und demokratische Entscheidungsprozesse zu kämpfen. Mischt Euch ein und vertretet Eure Interessen!

Mehr noch: setzt Euch für eine andere Gesundheits- und Sozialpolitik ein. Denn Ihr müsst ausbaden, was die Parteien und Regierungen und das kapitalistische System verbocken! Deshalb laden wir Euch ein mit uns über den Streikverlauf und Möglichkeiten kämpferischer Interessenvertretung in Gewerkschaften und Politik zu diskutieren. Kommt zu den Treffen der SAV.

23.5.2011: Die Aussetzung des Charité-Streiks

Wie einige Linke einen erfolgreichen Arbeitskampf kaputt schreiben wollen

Nach einer Woche Vollstreik war der Streik an der Berliner Charité am 6. Mai nach Streikversammlungen ausgesetzt worden. In den Tagen danach wurden die Beschäftigten mit Flugblättern verschiedener linker Kleingruppen überschüttet, in denen das Aussetzen des Streiks als „Verrat“, „Sabotage“ und „in der Rücken fallen der CFM-Streikenden“ bezeichnet wird. Gruppen wie SAS (mit ihrem Betriebsblatt Vitamin C), GAM, PSG und andere übertreffen sich gegenseitig in der Entlarvung von ver.di, der betrieblichen Streikleitung und der SAV (deren Mitglied Carsten Becker in der Streikleitung ist).

von Sascha Stanicic, SAV-Bundessprecher und aktiv im Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten

Dabei versuchen diese Gruppen sich auf ein nachvollziehbares Gefühl der Enttäuschung über die Aussetzung des Streiks unter einer Schicht von KollegInnen zu stützen, das sich bei den Streikversammlungen am 6. Mai entwickelt hatte. Statt jedoch eine seriöse Analyse des Streiks und möglicher verschiedener Handlungsoptionen anzustellen, zeigt sich in den Flugblättern dieser Gruppen, wie weit sie von der betrieblichen Realität und der Komplexität eines Krankenhaus-Streiks entfernt sind und wie sehr sie in ihrer eigenen eindimensionalen Welt voller Wunschvorstellungen und Abstraktionen leben.

Den Vogel abgeschossen hat dabei die PSG, die allen Ernstes behauptet, die Gewerkschaften an der Charité hätten vorsätzlich „nur“ 2.300 KollegInnen in den Streik einbezogen und „nur“ 2.500 KollegInnen zur Demo am 3. Mai mobilisiert. Diese Leute haben wahrscheinlich tatsächlich die Vorstellung, dass die Streikleitung Charité-Mitarbeiter davon überzeugt hat, nicht in den Streik zu treten und statt zur Demo doch lieber nach Hause zu gehen. Vielleicht hätten die PSG-Schreiberlinge mal morgens um sechs Uhr zum Streikposten oder mit den Streikleitern über die Stationen gehen sollen, um mitzubekommen, wie hart diese KollegInnen dafür gekämpft haben, dass der Streik zum Erfolg wurde. Denn das war er! Einen solch offensiven und wirkungsvollen Krankenhausstreik hat es in Deutschland noch nicht gegeben.

Besonderheit Krankenhausstreik

Natürlich wird es immer Diskussionen über den Verlauf von Arbeitskämpfen und unterschiedliche Meinungen geben. Das ist eine Voraussetzung, um Lehren für zukünftige Kämpfe zu ziehen. Wenn man diesen Arbeitskampf und seine Aussetzung bewerten will, reicht es nicht, nur auf die Tatsache zu blicken, dass der Streik bei der Charité am Freitag, den 6. Mai ausgesetzt wurde und dann in einem ultralinken Reflex die ver.di-Bürokratie des Verrats zu beschuldigen. Eine seriöse Bewertung des Streiks zieht alle Aspekte eines solchen Kampfes in Betracht. Dazu gehören die politische Ausgangslage, die Forderungen, die Streiktaktik, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgeber und Belegschaft, die Rolle der Gewerkschaften, das Kräfteverhältnis in den Gewerkschaften zwischen kämpferischen und bürokratischen Teilen, das Bewusstsein und der Grad von Organisiertheit und Selbstaktivität unter den Streikenden, die Stimmung in der Bevölkerung etc. Und vor allem muss man den besonderen Charakter eines Krankenhausstreiks verstehen. Denn im Krankenhaus geht es nicht darum, Motoren in Autos zu bauen oder Personalausweise auszustellen. Der Krankenhausbeschäftigte, für die Pflegekräfte gilt das unmittelbar, arbeitet am kranken Menschen, rettet im Zweifelsfall Leben. Diese Arbeit zu verweigern bedeutet einen mit anderen Streiks nicht vergleichbaren zusätzlichen seelischen Druck auf den Streikenden. Die Sorge, dass Menschen aufgrund des Ausstands Schaden nehmen, schwebt wie ein Damoklesschwert über jedem Krankenhausstreik. Und das ist keine abstrakte Sorge, sondern wird von den Streikenden und denen, die die Notfallbesetzung machen, täglich in Auseinandersetzungen mit Ärzten, Patienten, Angehörigen erlebt. Das ist ein objektiver Faktor in jedem Krankenhausstreik. Keine der Gruppen, die in ihren Flugblättern die Streikleitung und ver.di angreifen (und in Wirklichkeit damit die streikenden KollegInnen selbst angreifen) bringt auch nur im Ansatz zum Ausdruck, dass sie diesen besonderen Umstand eines Krankenhausstreik verstanden haben.

Aber sie haben auch den Charakter des Streiks nicht verstanden. Denn der Charité-Streik hat sich positiv von anderen Streiks abgehoben.

Erstens wurde eine Festgeldforderung für eine Lohnerhöhung aufgestellt, wofür linke GewerkschafterInnen seit Jahren kämpfen. Diese Forderung war mit 300 Euro außerdem eine reale Verbesserung, für die es sich zu kämpfen lohnte. Dass sie „nur“ eine Angleichung an das Bundesniveau darstellte, bedeutet nicht, dass es eine bescheidene Forderung war, sondern ist Ausdruck der schwierigen Ausgangssituation für die Belegschaft – die nach Niederlagen in den letzten Jahren vom bundesweiten Niveau abgekoppelt war und alleine da stand.

Zweitens wurde eine offensive Streiktaktik gewählt. In einem Krankenhaus sofort in einen unbefristeten Vollstreik zu treten war eine mutige – und auch riskante – Entscheidung. „Hop oder top“ – so bezeichneten GewerkschaftsaktivistInnen vor dem Streik die Aussichten. Denn ein solcher Streik ist aufgrund der besonderen Situation in einem Krankenhaus schwer über Wochen aufrecht zu erhalten. Das gilt umso mehr in einem Krankenhausverbund, der für einen so großen Teil der Krankenversorgung in der Stadt verantwortlich ist. Warum? Weil eine lange anhaltende massive Einschränkung oder sogar ein Zusammenbruch der Krankenhausversorgung mit all seinen medizinischen Folgen in Teilen der Arbeiterklasse schwerer vermittelbar ist. Die Streiktaktik war also von Anfang an, auf einen möglichst effektiven, aber auch relativ kurzen Streik angelegt.

Drittens wurde der CFM-Streik in dieser Form durch den Streik an der Charité erst möglich. Diejenigen, die behaupten, dass die CFM-KollegInnen von ver.di an der Charité ausgenutzt worden seien, um die Streikreihen aufzufüllen und nur den Charité-Streik wirkungsvoller zu machen, haben nichts verstanden. Denn die „gestellten“ CFM-Beschäftigten werden ja nach dem Charité-Tarif bezahlt und waren ohnehin Teil der Charité-Auseinandersetzung. Dass diese aber mit der Forderung nach einem Tarifvertrag für CFM in den Kampf gezogen sind und nach der Streikaussetzung bei der Charité eine Woche im Solidaritätsstreik mit den CFM-KollegInnen waren, straft diese Behauptung Lügen. Es war viel mehr so, dass der Schwung des Charité-Streiks den Raum für einen erfolgreichen CFM-Streik geschaffen hat.

Viertens gab es im Vergleich zu anderen Streiks ernsthafte Versuche, den Streik zu demokratisieren und KollegInnen einzubeziehen. Hierbei gab es zweifellos Unzulänglichkeiten, auf die wir noch eingehen werden. Aber die täglichen Streikversammlungen waren ein Schritt in die richtige Richtung. Ebenso muss der Tarifkommission hoch angerechnet werden, dass sie in der Nacht von Donnerstag, den 5. Mai auf Freitag, den 6. Mai keine Entscheidung gefällt hat, sondern die Haltung hatte, die KollegInnen sollen die Entscheidung auf den Streikversammlungen treffen. Dass diese Streikversammlungen dann einen problematischen Verlauf genommen haben und einige ver.di-Hauptamtliche dabei eine unrühmliche Rolle gespielt haben, darf über diese grundlegende Tatsache nicht hinweg täuschen.

ver.di

All das weist darauf hin, dass die Behauptung, der Streik wäre nur zum Dampf ablassen geführt worden, nicht der Realität entsprechen. Die ver.di-Betriebsgruppe hat darum gekämpft, dass es zu einem starken und wirkungsvollen Streik kommt und eine offensive Streiktaktik innerhalb der Gewerkschaft durchgesetzt. Alle ultralinken Gruppen, die das Aussetzen des Streiks als Verrat bezeichnen sind unfähig, zwischen den verschiedenen Kräften, die innerhalb von ver.di wirken zu differenzieren. Für sie gibt es nur „ver.di“, nur die Funktionäre und die Bürokratie, die alle eine Suppe sind und von Anfang an das Ziel hatten, den Streik abzubrechen und zu verkaufen.

Natürlich stimmt es, dass die ver.di-Bürokratie in den letzten Jahren viele Verschlechterungen für Belegschaften nicht bekämpft hat und dass sie ein Interesse hat, Streiks unter ihrer Kontrolle zu halten und auch Sorge hat, dass große Erfolge, den Appetit in anderen Betrieben anregen könnte, ebenfalls in den Kampf zu treten und mehr zu fordern. Ebenso ist es richtig, dass die politische Nähe der ver.di-Bürokratie zu SPD und LINKEN gerade im von diesen Parteien regierten Berlin, ihre Kompromissbereitschaft steigert. An der Charité konnten wir aber beobachten, wie eine kämpferische Betriebsgruppe innerhalb von ver.di eine offensive Streiktaktik durchsetzen konnte und wie unterschiedliche Funktionäre in einer konkreten Arbeitskampsituation auch eine unterschiedliche Rolle spielen. Es ist nun einmal nicht alles nur schwarz oder weiß.

13 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

Das zeigte sich dann auch bei den offenen ver.di-Mitgliederversammlungen am 16. Mai. Hier wurde der Verhandlungsstand den Beschäftigten dargelegt und eine offene und demokratische Debatte über dessen Bewertung und das weitere Vorgehen geführt. Während die ver.di-Hauptamtlichen deutlich für eine Annahme des Verhandlungsergebnisses eintraten, brachten viele KollegInnen zum Ausdruck, dass die Nachbesserungen im Vergleich zum Verhandlungsangebot vom 6. Mai unzureichend sind. Die betrieblichen Streikleiter Carsten Becker und Stephan Gummert haben sich in den Versammlungen gegen Annahme des Verhandlungsstands und für eine Wiederaufnahme des Streiks ausgesprochen. In der anschließenden Abstimmung, die allerdings nur den Charakter eines empfehlenden Meinungsbilds hatte, sprachen sich knapp siebenzig Prozent für eine Wiederaufnahme des Streiks aus. Nun läuft eine Mitgliederbefragung aller ver.di-Mitglieder auf deren Basis über eine Fortsetzung des Streiks entschieden wird.

Die Streik-Aussetzung

Natürlich ist die Frage, ob das Aussetzen des Streiks richtig oder falsch war eine legitime und wichtige Frage. Auch bei den ver.di-Mitgliederversammlungen haben einige KollegInnen Kritik an der Aussetzung geäußert. Einige Gruppen weisen zurecht darauf hin, dass ein Streik nicht einfach ausgesetzt und wieder aufgenommen werden kann, wie man einen Lichtschalter ein- und aus schaltet. Das ist grundsätzlich richtig, beantwortet aber nicht die Frage, ob ein Streik einfach in jeder Situation unbegrenzt fortgesetzt werden kann. Die Überlegung der Streikleitung war, dass es für das Bewusstsein der KollegInnen und auch für die Vermittlung in breitere Teile der Bevölkerung ein Vorteil ist, wenn man das Verhandlungsangebot nicht einfach ausschlägt, sondern dokumentiert, dass die Arbeitgeber in den Verhandlungen nicht bereit waren, sich ausreichend zu bewegen. Das ist nun der Fall und hat bei den Mitgliederversammlungen am 16. Mai zu breiter Empörung geführt, die ein wichtiger Faktor für die deutliche Mehrheit für eine Wiederaufnahme des Streiks war.

In der ganzen Auseinandersetzung und im Verlauf der Streikversammlungen am 6. Mai liegen viele wichtige Lehren. Zweifellos wurden auch Fehler gemacht. Aber Fehler sind etwas anderes als vorsätzlicher Verrat. Um überhaupt in eine solidarische Diskussion zu diesen Fragen zu kommen, muss man sich der Frage stellen, ob eine Situation entstanden war, in der die Aussetzung des Streiks eine legitime Handlungsoption war. Diese Frage wird von den verschiedenen Besserwisser-Gruppen nicht einmal gestellt. Ihre Welt ist eindimensional – wenn man einen Streik einmal begonnen hat, muss man ihn unter allen Umständen auch weiter führen. Jedenfalls aber gehen sie davon aus, dass der Charité-Streik „ohne weiteres“ (GAM) hätte fortgesetzt werden können. Dabei ist es nicht einmal die entscheidende Frage, ob der Streik als solcher hätte fortgesetzt werden können – natürlich hätte er fortgesetzt werden können, wenn sich ver.di und GKL bei den Streikversammlungen klar dafür ausgesprochen hätten. Die Frage ist doch, welchen Verlauf der Streik dann genommen hätte. Streik ist kein Selbstzweck. Die Streikleitung musste sich mit der konkreten Frage auseinandersetzen, ob die Geschlossenheit des Streiks in einer zweiten Woche aufrechtzuerhalten gewesen wäre. Daran hatte sie unter den Voraussetzungen, die sich entwickelt hatten, Zweifel. Was waren diese Voraussetzungen? Zum einen ein Angebot für die Charité-Beschäftigten, das relativ weitgehend war. Die Kritik der ultralinken Gruppen richtet sich auch kaum dagegen, dieses Angebot als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren, sondern dagegen, dass der Streikabbruch die CFM-KollegInnen angeblich im Regen stehen ließ. Dieses Angebot hätte aber zur Waffe in der Hand der Arbeitgeber werden können, um schwankendere und weniger kämpferische Teile der Belegschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Das hätte einhergehen können, mit einer allgemeinen Propagandaoffensive in den bürgerlichen Medien gegen die Streikenden, vor allem wenn die Krankenversorgung in der Stadt qualitativ weiter eingeschränkt worden wäre. Dies war absehbar und entwickelte sich schon. Andere Krankenhäuser waren überfüllt, Schlaganfall-Patienten mussten schon mehrere Kliniken anfahren, um aufgenommen zu werden.

Nun ist es richtig, dass bei jedem Streik die Presse auf der Gegenseite stehen kann und dass durch Solidaritätskampagnen Einfluss auf die so genannte öffentliche Meinung genommen werden kann. Deshalb führen diese Überlegungen nicht zwangsläufig zur Schlussfolgerung, den Streik auszusetzen. Es ist auch zutreffend, dass einige ver.di-Hauptamtliche, wie Bettina Weitermann am Standort Mitte, daraus ein zwangsläufiges Katastrophenszenario gemacht haben, um die Streikenden zu verunsichern und von einem

Aussetzen des Streiks zu überzeugen. Aber es ist lächerlich, wenn man als Antwort auf diese Problematik lapidar formuliert: „Selbst, wenn die Presse hetzt ... wir können etwas dagegen setzen! Jeder kennt die miserablen Bedingungen und wir können z.B. überall in der Stadt Flugblätter verteilen, um unsere Forderungen bekannt zu machen. Wir waren viele, die hier etwas hätten tun können ...“ (Vitamin C-Extra, SAS).

Auch wir sind der Meinung, dass man einer Propagandaoffensive der Medien und Arbeitgeber etwas entgegen setzen kann. Man muss aber konkret formulieren, was man unter welchen Voraussetzungen dagegen setzen kann. Ver.di hätte tatsächlich eine Öffentlichkeitskampagne führen können, die dem hätte etwas entgegen setzen können. Dass ver.di auch schon in der ersten Streikwoche darauf verzichtet hat, eine breite Solidaritätskampagne in anderen Betrieben und der Öffentlichkeit zu führen, ist Ausdruck des Charakters der Bürokratie, die den Streik nicht als politische Auseinandersetzung gegen den Senat führen will und ihn auf die Betriebsebene beschränken will. Es wäre richtig gewesen, wenn von KollegInnen der ver.di-Betriebsgruppe solche Forderungen deutlicher an ver.di gerichtet worden wären. Aber den KollegInnen in der betrieblichen Streikleitung war auch bewusst, dass sie ver.di nicht von heute auf morgen verändert bekommen und sie sich nicht auf eine solche Unterstützung des ver.di-Apparats hätten verlassen können, um den Streik unter erschwerten Bedingungen fortzusetzen. Eine solche nötige Solidaritätskampagne selbständig und „von unten“ zu organisieren ist sicher möglich. Allerdings müssen sich gerade die Gruppen, die das propagieren die Frage gefallen lassen, weshalb sie gar nicht oder kaum beim Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten engagiert sind.

Hinzu kam, dass es erste Anzeichen dafür gab, dass der Druck sich bei einem Teil der Streikenden auswirkte, nicht zuletzt auch die finanziellen Verluste der Streikenden, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind und dementsprechend kein Streikgeld erhalten.

All das waren Faktoren, die abgewogen werden mussten. Eine Fortsetzung des Streiks hätte bestimmte Voraussetzungen bedurft. Vor allem eine starke Geschlossenheit und den Willen unter den Streikenden, auch gegen wachsende Widerstände weiter zu machen. Ein solcher Wille hängt aber von der Frage ab: wofür? Letztlich wäre es darauf hinaus gelaufen, einen Streik der Pflegekräfte als Solidaritätsstreik (faktisch eine Art Stellvertreterkampf) für die Durchsetzung eines CFM-Tarifvertrags zu führen. Es ist tatsächlich höchste Zeit, das solche Streiks gegen die weitere Entrechtung und Prekarisierung von Teilen der Arbeiterklasse stattfinden. Aber einen solchen, im wesentlichen politischen Kampf, in einem einzelnen Betrieb zu führen, bedarf gewisser Voraussetzungen. Unter anderem ein hohes politisches Bewusstsein, starke Geschlossenheit und neben einer entschlossenen und erfahrenen Führung auch eine ausreichende Zahl an AktivistInnen, die einen solchen Kampf tatsächlich tragen können.

Basis – AktivistInnen – Führung

Die ultralinken Gruppen sind offensichtlich der Meinung, die einzige Voraussetzung sei eine entschlossene Führung. Das ist zu kurz gedacht. Aber selbst, wenn dem so gewesen wäre – eine solche Führung kann nur in Kämpfen aufgebaut werden. Die AktivistInnen der ver.di-Betriebsgruppe arbeiten an dieser Aufgabe. Wenn man sich praktisch darauf einlässt, muss man aber eine Politik der abstrakten Propaganda gegen die ver.di-Bürokratie verlassen und sich auf das konkrete Ringen mit dieser Bürokratie um Einfluss und Entscheidungen einlassen. Also muss man mit den ver.di-Hauptamtlichen so weit zusammen arbeiten, wie dies möglich ist. Man muss auch Kompromisse eingehen. Wenn zum Beispiel die GAM den Vorwurf erhebt, es gebe keine gläsernen Tarifverhandlungen, obwohl dies eine Forderung der SAV sei, stellt sich die Frage, ob man der Streikleitung den Rücken kehren soll, wenn eine solche Forderung nicht durchsetzbar ist (ganz abgesehen davon, dass es regelmäßige Tarifinfos gibt und sich auch die Transparenz der Verhandlungsführung positiv von anderen Tarifverhandlungen abhebt).

Manche der Gruppen verstehen nicht einmal, dass es ohne ver.di (und damit meinen wir sowohl die Betriebsgruppe als auch den ver.di-Apparat) diesen Streik zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht gegeben hätte. Sie rufen die ArbeiterInnen jetzt auf in die dbb einzutreten (SAS) oder sich in unabhängigen Komitees zu organisieren. 700 Beschäftigte sind im Verlauf des Arbeitskampf in ver.di eingetreten. Es kommt jetzt darauf an, so viele wie möglich von ihnen zu aktivieren und für eine kämpferische Politik und demokratische Strukturen in ver.di zu gewinnen.

15 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

All das bedeutet nicht, dass bei den Streikversammlungen alles gut und richtig verlaufen ist. Es bedeutet auch nicht, dass eine Fortsetzung des Streiks ausgeschlossen war. Es bedeutet aber, dass die Haltung der Streikleitung begründet und ehrlich motiviert war und dass eine solidarische Debatte und Fortsetzung gemeinsamer gewerkschaftlicher Tätigkeit das Gebot der Stunde sind. Die Denunziationsversuche der linken Splittergruppen wirken tatsächlich spaltend und würden die Belegschaft schwächen, wenn größere Teile der Belegschaft dieser Logik folgen würden. Das ist aber nicht zu befürchten, denn es gibt keinen Riss zwischen den KollegInnen – auch solchen, die am 6. Mai über die Entscheidung enttäuscht und wütend waren – und der ver.di-Betriebsgruppe. Dies wurde bei den ver.di-Mitgliederversammlungen deutlich, als die betrieblichen Streikleiter wiederholt tosenden Applaus bekamen und sich eine Kollegin unter großem Applaus bei der Streikleitung für die schwere Arbeit bedankte.

Der Streik der CFM wurde fortgesetzt bis es zur Zusicherung der CFM-Geschäftsleitung kam, Verhandlungen über einen Tarifvertrag aufzunehmen. Das ist ein wichtiger Zwischenerfolg, der ohne die Solidaritätsstreiks der „gestellten“ CFM-MitarbeiterInnen nicht möglich gewesen wäre. Das straft auch die Argumentation von Gruppen wie der GAM Lügen, die eine Niederlage für den Streik der CFM herbeischrieben, weil der Charité-Streik ausgesetzt worden war und nicht verstanden, dass der CFM-Streik auch eine eigene Wirkung entfalten konnte.

Zurück zur Streikversammlung am 6. Mai und dem Entscheidungsprozess: die Streikversammlung verlief unter erheblichem Zeitdruck aufgrund des Ultimatums des Arbeitgebers. Dieses war durch die ver.di-VertreterInnen schon von 9 Uhr auf 12 Uhr verschoben worden. Der Umgang mit einem solchen Ultimatum ist keine einfache Angelegenheit. Ob eine weitere Zurückweisung des Ultimatums vom Arbeitgeber akzeptiert worden wäre, ist nicht immer einfach einzuschätzen. Aber dies hätte aufgrund des Verlaufs der Streikversammlung versucht werden sollen.

Grundsätzlich wäre es auf jeden Fall besser und für einen alle KollegInnen einbeziehenden Diskussionsprozess nötig gewesen, entweder eine Streikversammlung aller Standorte in einer großen Halle durchzuführen oder zumindest per Videoschaltung einen direkten Austausch zu ermöglichen. Dies wurde mit den Mitgliederversammlungen am 16. Mai dann auch so gehandhabt.

Es wäre auch besser gewesen, wenn die verschiedenen Handlungsoptionen in Ruhe dargestellt worden wären. Also einerseits darstellen, was die Risiken und auch die Bedingungen für die Fortsetzung des Streiks waren und andererseits darstellen, welche Folgen die Streikunterbrechung für den CFM-Streik haben kann. Auf dieser Basis hätte eine sachlichere Debatte und eine demokratische Entscheidung stattfinden können. Dabei hätte auch die Frage an die ver.di-Hauptamtlichen gerichtet werden sollen, ob ver.di hinter einer Fortsetzung des Streiks steht und welche konkreten zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen – Massenflugblätter, Plakatkampagne, breite Solidaritätskampagne in anderen Betrieben, Solidaritätsdemonstrationen, Führen einer politischen Kampagne gegen den Senat als politisch Verantwortlichen – die Gewerkschaft ergreifen würde. Wenn sich aus einer solchen Debatte eine klare Mehrheit für eine Fortsetzung des Streiks ergeben hätte, wäre deutlich geworden, dass eine Streikfortsetzung eine reale Basis in der Belegschaft gehabt hätte – die trotzdem mit Risiken verbunden gewesen wäre.

Ein wesentliches Problem ignorieren die ultralinken Gruppen auch: die viel zu geringe Anzahl von AktivistInnen. Das wird in einem so intensiven Streik zu einem objektiven Problem. Mitglieder der Streikleitung hatten gleichzeitig permanent mit der Clearingstelle, in der Tariff Kommission und bei den Gesprächen mit dem Arbeitgeber zu tun. Sie waren extrem überfordert. Bei einer solchen Fülle von Aufgaben und so großem Stress, fehlt dann auch die Zeit, die eine oder andere Frage mal in Ruhe zu durchdenken oder sich Ratschläge einzuholen.

Sicherlich hätten mehr konkrete Maßnahmen ergriffen werden können, um mehr KollegInnen in Aktivität einzubeziehen. Die SAV hat dazu in ihren Flugblättern und mündlichen Gesprächen Vorschläge gemacht. Nur beißt sich die Katze halt in den Schwanz: die Überlastung der Streikleitung hat sogar den Raum zur Ergreifung für solche Initiativen eingeschränkt. Diese Aufgaben sollten aber nun entschlossen angegangen werden, wenn es zur Wiederaufnahme des Streiks kommen sollte. Denn die Arbeitgeber werden die Auseinandersetzung mit härteren Bandagen führen, sollte der Streik fortgesetzt werden. Und die ver.di-Hauptamtlichen haben deutlich gemacht, dass sie keine Streikfortsetzung wollen. Sie müssen unter Druck

gesetzt werden, damit die Streikenden die Unterstützung von der Gewerkschaft bekommen, die ihnen zu- steht. Aber zum Erfolg wird der Streik nur werden, wenn die Streikenden sich selber aktiver einbringen und es zu einer breiten Solidarität von Gewerkschaftern anderer Betriebe kommt. Dazu kann gehören KollegInnen in Gruppen für bestimmte Aufgaben zu organisieren: Herausgabe einer Streikzeitung, Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Solidarität in anderen Betrieben organisieren etc. Ebenso sollte versucht werden, einen Delegiertenrat aus gewählten VertreterInnen der Stationen und Bereiche zu wählen, der die Streikleitung unterstützt. Streikversammlungen sollten weiterhin täglich stattfinden und über alle wichtigen Fragen demokratische Abstimmungen durchführen. Das CFM-Solidaritätskomitee sollte im Fall einer Wiederaufnahme des Charité-Streiks auch Solidaritätsarbeit für diesen organisieren und dabei helfen, den Kampf zu einer politischen Auseinandersetzung zu machen, die die ganze Stadt erfasst.

11.6.2011: Streik wirkt – auch im Krankenhaus

Berliner Charité-Beschäftigte erkämpfen sich Verbesserungen – Bilanz und Verlauf des Arbeitsk- kampf

„Die Mächtigen erscheinen nur groß, weil wir auf unseren Knien sind – lasst uns aufstehen!“ Dieses Zitat des irischen Arbeiterführers James Larkin war das Motto des bedeutendsten Streiks in einem Krankenhaus in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Mai streikten über 2.000 Beschäftigte der Charité in Berlin für eine Angleichung ihres Einkommens an das Bundesniveau. Im 300. Jahr des Bestehens der Charité wurde die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 300 Euro aufgestellt: „300 Jahre – 300 Euro“!

von Sascha Stanicic, Berlin

Das Ergebnis bedeutet eine materielle Verbesserung für die Beschäftigten. Es zeigt, dass es sich lohnt zu kämpfen. Allein die 150 Euro mehr ab 1. Juli bedeuten für die Mehrheit der Beschäftigten zum Beispiel eine Gehaltserhöhung von fünf bis sieben Prozent – das Ergebnis liegt auf das Jahr 2011 gerechnet weit über dem, was ver.di in der vergangenen Tarifrunde für die Länderbeschäftigten erreicht hatte. Bis 2014 werden die Einkommen für die meisten Entgeltgruppen in drei Schritten an das Bundesniveau angeglichen. Die Festgeldforderung verhalf gerade den unteren Lohngruppen zu deutlichen Lohnzuwächsen; und da es keine bescheidene Forderung war, konnten auch Beschäftigte höherer Lohngruppen mobilisiert werden.

Bis Ende 2012 werden zudem die Beschäftigten im Ostteil der Stadt auch beim Kündigungsschutz und der Jahressonderzahlung ihren WestkollegInnen gleichgestellt. Außerdem gibt es gewisse Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, wie die volle Schichtzulage für Teilzeitbeschäftigte.

Debatte um Annahme des Ergebnisses

Trotzdem war die Annahme dieses Ergebnisses umstritten. Betriebliche Streikleiter, wie Carsten Becker und Stephan Gummert, hatten sich für eine Ablehnung und Wiederaufnahme des am 6. Mai ausgesetzten Streiks ausgesprochen; vor allem weil sie eine schnellere Anpassung des Einkommens an das Bundesniveau und eine kürzere Laufzeit des Tarifvertrags forderten. Diese geht bis 2016. In einer Stellungnahme bezeichneten sie dies als den Versuch des Arbeitgebers, „eine kampfstarke und selbstbewusste Belegschaft (...) fünfeinhalb Jahre in Geiselhaft zu nehmen“. Denn während der Laufzeit gilt Friedenspflicht und Streiks sind schwer möglich.

Sehr gut besuchte ver.di-Mitgliederversammlungen waren dieser Argumentation gefolgt und hatten mit 70 Prozent für eine Wiederaufnahme des Streiks votiert. Da-raufhin wurde eine Mitgliederbefragung aller ver.di-Mitglieder eingeleitet, die dann eine 75-Prozent-Mehrheit für die Annahme des Verhandlungsergebnisses erbrachte.

17 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

Wie ist das zu erklären? Offensichtlich drückt das Abstimmungsergebnis aus, dass wesentliche materielle Verbesserungen erreicht wurden und vielen KollegInnen die Bedeutung der langen Laufzeit des Tarifvertrags nicht klar war. Der Befragung lag aber auch keine gleichberechtigte Informierung der Mitglieder über die verschiedenen Argumente und Positionen zugrunde. Der ver.di-Apparat hatte es abgelehnt, ein Positionspapier für Streikfortsetzung an die Mitglieder zu schicken, so dass diese nur eine einseitig positive Darstellung des Verhandlungsergebnisses mitgeteilt bekamen, in der auf die lange Laufzeit nicht klar hingewiesen wurde und das Votum der Mitgliederversammlung nicht erwähnt wurde. Das Signal, dass die Gewerkschaft nicht hinter einer Fortsetzung des Streiks steht, war deutlich. Das untergräbt das Selbstbewusstsein, streiken zu können.

Frage der Streikaussetzung

Schon die Aussetzung des Streiks nach einer Woche rief Kontroversen hervor, vor allem weil dadurch die gemeinsame Streikfront der Charité- und CFM-Beschäftigten beendet wurde. Die CFM (Charité Facility Management) ist die ausgegliederte Dienstleistungsfirma, bei der es gar keinen Tarifvertrag gibt. Die CFM-Beschäftigten waren zeitgleich in den Ausstand getreten und hatten diesen noch eine Woche länger geführt, bis sie die Zusage auf Tarifgespräche erhielten. Die Streikunterbrechung an der Charité basierte auf einem Arbeitgeberangebot, das von vielen KollegInnen als Verhandlungsgrundlage betrachtet wurde und auf der Sorge, dass eine Fortsetzung des extrem wirkungsvollen Streiks nicht auf dem hohen Niveau möglich war. Sie wurde auf Streikversammlungen von den Streikenden beschlossen (siehe dazu verschiedene Texte auf www.sozialismus.info).

Im Streik mussten 90 Prozent der Operationen abgesagt werden und 50 Prozent der Betten waren nicht belegt. Die täglichen Verluste für die Charité lagen bei circa einer Million Euro.

Rolle von ver.di

Jetzt kommt es darauf an, die große Streikbeteiligung in die Stärkung einer kämpferischen ver.di-Betriebsgruppe zu verwandeln. Während des Streiks sind 700 neue Mitglieder in die Gewerkschaft eingetreten. Das zeigt: Wenn Gewerkschaften kämpfen und ihr Gebrauchswert für Beschäftigte deutlich wird, gewinnen sie auch Mitglieder.

Damit Kämpfe, wie die Streiks bei der Charité und CFM, nicht die Ausnahme bleiben, müssen sich kritische und kämpferische KollegInnen zusammenschließen, um gemeinsam für demokratische und kämpferische Gewerkschaften zu kämpfen.

Wie weiter?

Die nächsten Kämpfe an der Charité und anderen Krankenhäusern stehen an. ver.di bereitet eine Kampagne zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern vor, die unter dem Titel „Der Druck muss raus“ laufen wird. Das erinnert an die Kampagne „Der Deckel muss weg“, die im September 2008 zu einer Massendemonstration von mehr als 100.000 Beschäftigten geführt hatte, dann aber nicht gesteigert wurde. Diesmal sollte zum Beispiel durch den Kampf für einen Tarifvertrag zur Personalbemessung eine bundesweite Streikfähigkeit erlangt werden. Denn das haben die Charité-Beschäftigten bewiesen: Macht- und wirkungsvolle Streiks sind auch in Krankenhäusern möglich!

11.06. 2011: Eine beispielhafte Streikwoche bei der Charité

Wann hat es das schon einmal gegeben? Ein unbefristeter Vollstreik in einem Krankenhaus, noch dazu in einem Universitätsklinikum mit über 10.000 nichtärztlichen Beschäftigten! Der zeitgleich geführte Kampf von Beschäftigten der Charité und der ausgegliederten CFM hielt Berlin über Tage hinweg in Atem.

von Krischan Friesecke und Aron Amm, Berlin

Die Ausgangsbedingungen waren denkbar schwer. In der Bundeshauptstadt hatte der „rot-rote“ Senat 2003 den Tarifvertrag für das Land Berlin einseitig gekündigt. Den Beschäftigten wurden Lohnkürzungen aufgebürdet, jahrelang standen Stellenstreichungen auf der Agenda. 2006 kam es zudem zur Ausgründung der seither tariflosen CFM (Charité Facility Management), die heute 2.150 KollegInnen zählt.

Vor diesem Hintergrund wurde unter Führung der ver.di-Betriebsgruppe an der Charité bereits 2006 ein zweiwöchiger Erzwingungsstreik durchgezogen, der allerdings bei weitem nicht die Zahl von Streikenden wie 2011 erreichte. Damals war gerade das OP-Personal das Rückgrat des Kampfes. Durchgesetzt wurde vor fünf Jahren schließlich ein Tarifvertrag, der eine weitgehende Angleichung der zuvor sehr unterschiedlichen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen vorsah.

Zwar konnte man dem Spardiktat des Senats Paroli bieten. Allerdings blieben die Löhne weit unter dem Niveau anderer Kliniken in Berlin und im Bund. So lag das nichtärztliche Personal an den drei Standorten in Steglitz, Mitte und Wedding vor dem Streik 2011 monatlich 300 Euro unter dem bundesweiten Branchenniveau – die Charité-Belegschaft verdiente also 14 Prozent weniger als ihre KollegInnen in anderen Häusern (wie bei Vivantes in Berlin).

„300 Jahre – 300 Euro“

„Wir retten und pflegen unsere Patienten und für die Arbeit kriegen wir einen Arschtritt“, empört sich Elke Thorwarth aus der Anästhesie- und Intensivpflege. Zwei Krankenschwestern am Weddinger Virchow-Klinikum berichten, dass auf ihrer Station jeder zweite Kollege noch einen Nebenjob macht. „Vom Lohn bei der Charité kommt man zwar irgendwie über die Runden. Aber wenn man sich mal einen schönen Urlaub oder ein Auto leisten will, dann kommt man mit dem Geld nicht hin.“

Folglich ist die Forderung nach 300 Euro mehr zum 300. Geburtstag des Uniklinikums zentral. Es handelt sich um eine Festgeldforderung, wofür linke GewerkschafterInnen seit Jahren argumentieren, weil davon gerade die unteren Lohngruppen profitieren. „Wir fordern dies auch vor dem Hintergrund von Entgeltsteigerungen beim ärztlichen Dienst von 14,9 Prozent in den letzten zwei Jahren“, so Stephan Gummert von der ver.di-Betriebsgruppe*. Eckpunkte des Forderungskatalogs sind zudem: keine Unterschiede zwischen Ost und West im Tarifvertrag, bessere Vergütung der Nacharbeit, tarifliche Besserstellung von Teilzeitkräften, Übernahme der Azubis und Vergütung auf dem Niveau des Öffentlichen Dienstes. Die CFM-Beschäftigten, die mit Charité-KollegInnen eine gemeinsame Streikfront bilden wollen, haben das Ziel, überhaupt erstmal einen Tarifvertrag zu erkämpfen.

Warnstreik

Am Dienstag, den 15. März versammeln sich schon in den Morgenstunden mehrere hundert Beschäftigte vor dem Eingang des Bettenhochhauses auf dem Campus Mitte zu einer Auftaktkundgebung. Im Lauf des Tages werden über 2.000 Streikende gezählt. Carsten Becker, ver.di-Betriebsgruppenvorsitzender* (und SAV-Mitglied) berichtet, dass praktisch sämtliche Abteilungen an allen drei Standorten vom Arbeitskampf betroffen sind. Der eintägige Warnstreik dient der ver.di-Betriebsgruppe als Stimmungsbarometer und Mobilisierungshilfe für den eigentlichen Streik Anfang Mai.

„Als wir im März mit der Warnstreikmobilisierung begonnen haben, fühlte ich mich wie ein Fackelträger, der nur noch zur bereits gelegten Zündschnur gehen musste“, sagt Stephan Gummert gegenüber der „Solidarität“. „Viele Bereiche nutzen mittlerweile aktiv die Möglichkeiten zur Selbstinformation. Eine Facebook-Gruppe, die wir anlässlich der drohenden Auseinandersetzung etablierten, explodierte im Warnstreikverlauf von acht auf über 300 Mitglieder.“ In der Folgezeit verdoppelt sich die Zahl noch einmal.

Angesichts dieser „explosiven Grundstimmung“, so Gummert, überrascht dann auch das Votum von 92,9 Prozent für Streik nicht. Bei der CFM stimmen sogar 95 Prozent für den Ausstand.

1. Mai

Alles scheint so wie immer. Auf der „Straße des 17. Juni“ liegt der Geruch von Bratwurst und Bier in der Luft. Auch der Letzte, der sich von den Beiträgen auf der DGB-Bühne noch irgendwas erhofft hat, wendet sich – diesmal vom Geblubber des Grünen-Mitglieds Annelie Buntentbach aus dem DGB-Vorstand –

19 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

gelangweilt ab. Fast nur noch Gewerkschaftshauptamtliche und SPD-Spitzenpolitiker, darunter der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit mit einem Dutzend Bodyguards, tummeln sich vor der Bühne. Dann plötzlich wendet sich das Blatt. Zehn Charité-KollegInnen beleben mit ihren Schildern und Transparenten für Lohnerhöhung und einen CFM-Tarifvertrag die Kundgebung. Carsten Becker und Kati Ziemer von der ver.di-Betriebsgruppe verkünden den Streikbeginn für den nächsten Morgen und stimmen Sprechchöre an. Mehr und mehr KollegInnen kriegen mit, dass es sich lohnt, doch nochmal zur Bühne zu kommen. Nur Wowereit ist weg.

Erster Streiktag

Montag, der 2. Mai: Von 6 Uhr früh an befinden sich alle drei Standorte im Ausstand. Ein Drittel aller Betten, fast alle OP-Säle werden an diesem Tag bestreikt. Kurz nach sieben Uhr überrascht eine Theatergruppe die Streikenden des Bettenhauses in Mitte und führt im Foyer das halbstündige Stück „Raus bist du noch lange nicht“ über die Fabrikbesetzung von INNSE in Mailand 2008/2009 auf.

Eine halbe Stunde später kann Carsten Becker bereits auf der ersten Kundgebung verkünden: „Wir haben es geschafft, Kollegen aus allen Bereichen herauszuholen. In der Kinderklinik werden fast 50 Prozent der Betten bestreikt. Dort wurde von den Kaufmännern schon gesagt, dass es angesichts der Streikkosten besser gewesen wäre, gleich das Geld, das den Forderungen entspricht, zu bezahlen.“ Im Lauf des Tages wird festgestellt, dass sich gut 2.000 Beschäftigte am Streik beteiligen. Weil es im Vorfeld Kündigungsdrohungen gab, trägt jeder ein Namensschild. Nun heißen alle „Schwester Sonnenschein“ oder „Pfleger Immerfroh“.

Aber von oben wird bereits am ersten Streikvormittag Druck gemacht. So in Steglitz, wie Uwe Ostendorff mitteilt: „Laut Vereinbarung sollten heute sieben Operationen stattfinden, nun sind schon neun angefragt und es ist noch nicht mal Mittag“ („ver.di-publik“, Mai 2011). Nachdem Carsten Becker davon Wind bekommt, ruft er dazu auf, auch im Bettenhaus nochmal über die Stationen zu gehen. Das Ergebnis: 70 weitere Betten können am Dienstag geschlossen werden.

Um 14 Uhr werden an allen drei Standorten Streikversammlungen abgehalten. Im Anschluss finden Stadtteil-Demonstrationen statt. Versammlungen und Demos werden in den Folgetagen feste Bestandteile des Streiks.

Zweiter Streiktag

Die Streikfront steht. „Wir haben in allen Bereichen noch eine Schippe draufgelegt“, so Carsten Becker. Neben einem Demozug zum Vorstand der Charité am Standort Mitte werden Transparente gemalt und weitere öffentliche Aktionen diskutiert.

Höhepunkt des zweiten Streiktags ist ein Sternmarsch von den Standorten Mitte und Wedding zum Sitz von Bayer-Schering, einem der größten Pharmakonzerne weltweit (auch Streikende vom weiter entfernt gelegenen Benjamin Franklin in Steglitz stoßen dazu). Mit der gemeinsamen Kundgebung wird für ein kollektives Gefühl der Stärke gesorgt. 2.500 KollegInnen nehmen an einer der kämpferischsten Streik-Demonstrationen seit langer Zeit teil. Eine Demo mit Gänsehaut-Faktor: Hunderte von Streikenden gehen zusammen auf die Knie, um sich dann lautstark zu erheben – nach dem Motto des diesjährigen Charité-Arbeitskampfs: „The great only appear great, because we are on our knees – Let us rise“.

Von der LINKEN sind nur wenige bei dieser Großdemo.

Dritter Streiktag

Nach der Großdemo am Dienstag ist die Stimmung bestens. Mittlerweile stoßen auch mehr CFM-Beschäftigte dazu. Zu Beginn des Ausstands sah es hier noch etwas mau aus. Mehrere KollegInnen der CFM schildern in Gesprächen, wie sie von den Vorgesetzten schikaniert werden. In der von der CFM betriebenen Küche sollen sogar illegalerweise Leiharbeiter eingesetzt werden. Eine unrühmliche Rolle spielt die Gewerkschaft IG BAU, die überwiegend Reinigungs- und Transportkräfte organisiert. Sie unterstützt den Streik nicht und nennt ihn sogar „illegal“.

„Rösler raus! Rösler raus!“ skandieren mittags 200 KollegInnen, die den Noch-Gesundheitsminister abpassen, nachdem er die Ausstellung im Medizinhistorischen Museum eröffnet hat. Titel der Ausstellung ist bezeichnenderweise: „Who cares?“

Zeitgleich findet das erste Gespräch mit den Arbeitgebern seit Beginn der Arbeitsniederlegung statt. Ein ernsthaftes Angebot wird aber nicht unterbreitet.

Nachmittags wieder Kiez-Demonstrationen: In Steglitz tauchen ein halbes Dutzend KollegInnen von der Betriebszeitung „Alternative“ bei Daimler-Marienfelde auf. Matthias Bender hält ein Grußwort, Adressen werden ausgetauscht.

Die Streikenden gehen jeden Tag nach draußen. Leider nutzt die ver.di-Spitze ihre Möglichkeiten nicht. Sie hätte es in der Hand, über eine stadtweite Öffentlichkeitskampagne mit Zehntausenden von Flugblättern und Plakaten die Argumente der Belegschaft bekannt zu machen. Sie könnte KollegInnen anderer Bereiche mobilisieren – zum Beispiel, um vor den Zentralen von SPD und LINKE sowie dem Roten Rathaus Krach zu schlagen.

Vierter Streiktag

Von 3.200 Betten werden jetzt 1.540 bestreikt! Viele KollegInnen sind aktiv, aber nur wenige gehören zu den AktivistInnen, die den Streik konkret organisieren. Carsten Becker ist kaum ansprechbar, eines seiner Handys bimmelt immer. Mal geht es um die Notfallversorgung, mal um die Einschüchterung von Streikenden, mal um Chefärzte, die Stress machen. Gut wäre es, wenn noch mehr KollegInnen in die Organisation des Ausstands einbezogen werden könnten – zum Beispiel über die Bildung von Aktionsgruppen oder einen Delegiertenrat aus VertreterInnen der einzelnen Stationen zur Unterstützung der Streikleitung. So wäre es vielleicht auch möglich, zusätzlich zu den Streikversammlungen mehr Diskussionen zu befördern. Aber bevor VertreterInnen der Streikleitung sich darüber auch nur einen Kopf machen können, klingelt schon wieder ein Mobiltelefon. Gerade deshalb wäre die Einbeziehung weiterer KollegInnen in die Streikorganisation umso wichtiger. Natürlich leichter gesagt als getan. Trotzdem wichtige Fragen für die Vorbereitung und Durchführung, auch von künftigen Kämpfen.

Andere Krankenhäuser sind inzwischen überfüllt. Schlaganfall-Patienten müssen bereits mehrere Kliniken anfahren, um irgendwo unterzukommen.

Am größten Standort, im Wedding, werden täglich Streiklieder gesungen, dort wird sogar das Tanzbein geschwungen. Wie jeden Tag demonstriert man auch heute nachmittag wieder mit hunderten Streikenden lautstark und lebendig über die See- und Müllerstraße: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Löhne klaut!“ Oder: „Die CFM, das ist ein Hohn, sie zahlt nur einen Sklavenlohn!“ PassantInnen winken und grüßen mit nach oben gestreckten Daumen. Plötzlich wird der Zug gestoppt. „Alarm, der Patient bricht zusammen.“ Die beiden im Krankenhausbett mittransportierten Puppen werden von Pflegern herzmassiert, Beatmungsbälger gedrückt.

In Mitte organisieren SAV-Mitglieder ein kleines „Streik-Kino“, in dem Videos bisheriger Aktionen gezeigt werden.

Auch 200 Studierende führen an diesem Tag eine Solidaritätsdemonstration durch.

Fünfter Streiktag

In der Nacht bewegt sich der Arbeitgeber deutlich. Allerdings will er von der ver.di-Verhandlungskommission bis sieben Uhr morgens eine Antwort. Das lehnt die Streikleitung ab, weil sie Streikversammlungen einberufen möchte, um dort gemeinsam mit den KollegInnen über eine Streik-Aussetzung und die Wiederaufnahme von Verhandlungen zu entscheiden. Das Ultimatum des Arbeitgebers wird auf 12 Uhr verlängert.

Am Vormittag finden an allen drei Standorten Streikversammlungen statt. Hauptproblem ist die von der Arbeitgeberseite geschaffene Spaltung der Belegschaft durch das Outsourcing der CFM; diese Spaltung wird von oben weiter genutzt, in dem die von den CFM-Beschäftigten geforderten Verhandlungen für einen eigenen Tarifvertrag weiter ausgeschlagen werden. Darum kommt es auf den Versammlungen zu

21 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

lebhaften und zum Teil kontroversen Diskussionen. In Steglitz wird für eine Fortsetzung des Ausstands gestimmt, in Mitte und Wedding entscheidet sich die Mehrheit der Stationen für die Aussetzung des Streiks und die Wiederaufnahme von Verhandlungen.

Bei der CFM wird der Streik eine weitere Woche fortgesetzt, Proteste vor Miteigentümer Dussmann und beim SPD-Parteitag organisiert, zudem wird ein Solidaritätskomitee gegründet. Dann sichert der Arbeitgeber Tarifgespräche zu.

Zu der Frage, ob das Aussetzen des Charité-Streiks richtig oder falsch war, siehe auch die SAV-Stellungnahmen unter www.sozialismus.info/charite. Zum Verlauf der Verhandlungen, den ver.di-Mitgliederversammlungen, der schriftlichen Abstimmung und dem aktuellen Stand bei der CFM siehe Seite 8.

Was in jedem Fall bleibt, ist ein „ungewöhnlich heftiger Streik“, so der ärztliche Direktor an der Charité, Ulrich Frei in der „Ärzte-Zeitung“. Da 90 Prozent der OPs ausfielen, konnte auch in einem Krankenhaus-Ausstand ökonomischer Druck ausgeübt werden. Die erste Mai-Woche markiert einen „historischen Streik“, so Stephan Gummert. Es gilt, alle Lehren daraus zu ziehen und diesen Kampf für künftige Auseinandersetzungen zu nutzen.

** Funktionsangaben dienen nur zur Kenntlichmachung der Personen*

6.12.2011: Arbeitskampf an der Charité: Streiken lohnt sich!

Eckpunktevereinbarung ist ein Erfolg und Zwischenschritt zum Tarifvertrag – Flugblatt der SAV

Die Streikenden der Charité Facility Management GmbH (CFM) haben in heute 87 Streiktagen bewiesen, dass es sich zu kämpfen lohnt! Das am Wochenende zwischen GewerkschaftsvertreterInnen und Geschäftsleitung ausgehandelte Eckpunktepapier ist ein Schritt in Richtung Tarifvertrag. Das wäre ohne den entschlossenen Kampf, die vielfältigen öffentlichen Aktionen, die Solidarität aus anderen Betrieben, Gewerkschaften und politischen Gruppen und den langen Atem der Streikenden nicht möglich gewesen.

Natürlich sind die Ziele der Streikenden damit noch nicht erreicht. Aber die Auseinandersetzung ist auch nicht beendet. Es gibt keine Friedenspflicht für die Gewerkschaften und der Kampf für einen Tarifvertrag kann im neuen Jahr auch mittels Streik fortgesetzt werden. Angesichts der schwierigen Bedingungen für den Streik ist aber auch die SAV der Meinung, dass es richtig ist, diesem Eckpunktepapier zuzustimmen, den aktuellen Streik damit zu beenden und nun dafür zu sorgen, dass die Gewerkschaften im Betrieb sich noch besser organisieren, mehr KollegInnen vom nächsten Streik zu überzeugen und diesen noch besser vorzubereiten. Außerdem gibt es 2012 wahrscheinlich die Möglichkeit im Rahmen der Kampagne „Der Druck muss raus“ gemeinsam mit den Charité-KollegInnen auf der Straße zu sein.

Das Erreichte erkennen

Und auch wenn das Erreichte nicht viel ist, so ist es auch nicht wenig. Für die unteren Lohngruppen wird der Mindestlohn von 8,50 Euro festgeschrieben. Nach bisherigem Informationsstand und Aussagen der Geschäftsführung wäre die CFM gesetzlich nicht verpflichtet, die angekündigte Erhöhung des Vergabegesetzes auf diesen Betrag umzusetzen. Das ist für über 500 KollegInnen eine spürbare Verbesserung. Die Einmalzahlungen gleichen zumindest die Einkommensverluste durch den Streik aus oder liegen darüber. Die Solidarität und Geschlossenheit der Streikenden zeigt sich in der Absicht, den Reinigungskräften, die von einer Einmalzahlung durch den Arbeitgeber ausgeschlossen wurden, diese auf anderem Wege zukommen zu lassen.

Aber vor allem: eine Geschäftsführung, die über Jahre die Gewerkschaften nicht mit der Kneifzange anfassen wollte und sich einem Tarifvertrag immer verweigert hat, musste nun anerkennen, dass die Ge-

werkschaften im Betrieb die legitime Vertretung der ArbeitnehmerInnen sind und einen Vertrag mit ihr abschließen. Und: sie musste sich verpflichten, Manteltarifverhandlungen im neuen Jahr zu führen. Dieser politische Erfolg ist nicht hoch genug einzuschätzen und wird andere Belegschaften in ähnlichen Situationen motivieren, ebenfalls zu kämpfen!

Eine Ablehnung dieses Erfolgs wäre nur gerechtfertigt, wenn man sicher stellen könnte, dass der Streik kurzfristig noch deutlich steigerungsfähig ist, um den Druck auf die Arbeitgeber massiv zu erhöhen. Realistisch eingeschätzt ist das zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer möglich.

Das Ziel nicht aus dem Blick verlieren

Das bedeutet nicht, dass nicht mehr drin gewesen wäre. Mit einem Minderheitenstreik wurde eine absolute Blockadehaltung der Arbeitgeberseite aufgebrochen. Mit wenigen Streikenden hat man etwas erreicht. Mit mehr Streikenden hätte man mehr erreicht! Das muss auch die Lehre für all die CFM-Beschäftigten sein, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht am Streik beteiligt haben, jetzt aber von dem erkämpften Ergebnis profitieren. Wenn sie sich im neuen Jahr in den Kampf für einen Tarifvertrag einreihen, wird dieser Kampf auch erfolgreicher sein können.

Aber auch die Streikenden, die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen und die Tarifkommissionen müssen eine ernsthafte Bilanz ziehen und diskutieren, wie der nächste Streik besser vorbereitet werden kann und wie mehr KollegInnen einbezogen werden können. Das bedeutet vor allem, unmittelbar an den Aufbau aktiver Betriebsgruppenstrukturen zu gehen und andere Maßnahmen einzuleiten, um die KollegInnen zu informieren, zu aktivieren und regelmäßig zusammenzubringen. Das ist auch die Voraussetzung, um der politischen Forderung nach einer Wiedereingliederung der CFM in die Charité in Zukunft mehr Nachdruck zu verleihen.

Aber auch die Gewerkschaftsführungen sollten mit einem nächsten Streik anders umgehen. Wenn diese auf Landesbezirks- und Bundesebene so viel Entschlossenheit und Kampfbereitschaft an den Tag gelegt hätten, wie die Streikenden, die zuständigen Gewerkschaftssekretäre und das Solidaritätskomitee, hätte der öffentliche Druck auf die CFM-Geschäftsleitung, den Charité-Vorstand und den Senat deutlich höher ausfallen können (und hätten wir, nebenbei bemerkt, schon lange effektiven Widerstand gegen die arbeiterfeindliche Politik in Deutschland gehabt). Nötig wäre eine wirkliche Solidaritätskampagne gewesen, die den Streik in alle Berliner Betriebe und in die Öffentlichkeit hätte tragen und wirksamere Solidaritätsaktionen hätte beinhalten müssen. Tatsächlich wurden alle Solidaritätsaktionen von unten angestoßen. All das zeigt die Notwendigkeit, die Gewerkschaften von unten her zu verändern und wieder zu wirklichen Kampforganisationen zu machen.

Der CFM-Streik jedenfalls ist ein Beispiel, dass es auch möglich ist, unter schweren Bedingungen zu kämpfen und etwas zu erreichen. Seine Lehren sollten in der gesamten Gewerkschaftsbewegung diskutiert werden. Dazu gehört auch die Lehre, dass ein mutiges Vorgehen erfolgreich sein kann. Denn im Mai war es – angesichts des Organisationsgrads – alles andere als sicher, dass die CFM-KollegInnen in diesem Ausmaß zum Streik mobilisiert werden können.

An den Streikenden kann sich jedenfalls überall ein Beispiel genommen werden.

22.12.2011: 89 Tage Streik an der Berliner Charité

Eine politische Bilanz

„Wir kommen wieder! Wir kommen wieder!“ – mit diesem Sprechchor beendeten die Streikenden der Charité Facility Management GmbH (CFM) in Berlin am 9. Dezember nach 89 Tagen ihren Ausstand für einen Tarifvertrag. Erreicht haben sie einen verbindlichen Mindestlohn von 8,50 Euro und die schriftliche Garantie auf Tarifverhandlungen ab Januar 2012. Erhobenen Hauptes sind sie an die Arbeitsstellen zurückgekehrt, fest entschlossen die Gewerkschaften im Betrieb zu stärken und die nächste Runde des Kampfes vorzubereiten. Dieser Streik in einem ausgegliederten und teilprivatisierten Serviceunternehmen ist beispielhaft und birgt viele Lehren für die Arbeiterbewegung.

von *Sascha Stanicic*

Die CFM wurde 2006 unter dem so genannten rot-roten Senat gebildet. Alle nichtpflegerischen und nicht-medizinischen Leistungen wurden dort zusammen gefasst. Das beinhaltet die Reinigung, Transporte, Catering, Gerätesterilisation, Wachschatz etc. 51 Prozent des Unternehmen hält die Charité, das größte Universitätsklinikum Europas – und damit das Land Berlin. 49 Prozent gingen an ein privates Konsortium bestehend aus den Firmen Dussmann, Vamed und Hellmann World Logistics.

Die MitarbeiterInnen, die aus der Charité in die CFM übergangen, erkämpften sich eine so genannte „Ge-stellung“. Sie sind weiterhin bei der Charité beschäftigt und werden von dieser an die CFM ausgeliehen. Für sie gilt der Tarifvertrag der Charité. Das sind circa ein Drittel der ungefähr 2.600 KollegInnen umfassenden Belegschaft. Die anderen Beschäftigten der CFM, die aus verschiedenen Fremdfirmen in die CFM übergegangen sind oder seit 2006 eingestellt wurden, haben keinen Tarifvertrag und erhalten individuelle Arbeitsverträge. Sie dürfen über ihren Lohn keine Auskunft geben. Untersuchungen von ver.di und dem Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten ergaben jedoch Lohnunterschiede von über 250 Prozent und sogar von über einhundert Prozent im selben Tätigkeitsbereich. Reinigungskräfte gehen mit 955 Euro für eine 40-Stunden-Woche nach Hause. Über zwanzig Prozent der Beschäftigten haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag. Es herrschen frühkapitalistische Zustände.

Damit ist die CFM kein Einzelfall, sondern eher die Regel. Ähnliche Ausgliederungen gibt es in der einen oder anderen Form – ob als Public Private Partnerships (PPP) mit Teilprivatisierungen oder als Tochterunternehmen in Form von GmbH's – landauf, landab. Die Folgen sind überall die gleichen: Arbeitsverdichtung, Personalabbau und Verschlechterung der Dienstleistungen. In einem ver.di-Flugblatt wurden Veränderungen der Arbeitsbedingungen seit der Gründung der CFM aufgeführt: „Vor der Gründung der CFM hatten 2,5 Reinigungskräfte acht Stunden Zeit, um eine Station zu reinigen. Das sind 16 bis 18 Patientenzimmer inklusive Bad und Toilette, die Gänge, Treppen und Behandlungsräume. Heute muss eine einzige Kraft dieses Pensum in nur sechs bis sieben Stunden bewältigen. Wie sollen in kürzerer Zeit und mit geringerer Personalstärke gleiche Hygienestandards garantiert werden?“ Ähnliches wird aus der Zentralsterilgutversorgungsabteilung berichtet: „Vor der Gründung der CFM gab es genügend Arbeitsbekleidung, um sie beim Verlassen der abgeschlossenen Bereiche der Sterilisation oder nach der Reinigung von stark verunreinigten Geräten wechseln zu können. Heute gibt es beispielsweise nicht mehr genügend Schuhe zum Wechseln. Auch werden keine Handtücher für Beschäftigte zur Verfügung gestellt. Eine persönliche Reinigung ist dringend notwendig, denn an den mitgebrachten Sachen können Keime haften, die über diesen Weg aus dem Krankenhaus mit nach Hause gebracht werden.“

Gesellschaftliche Bedeutung

Der Kampf für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen und für einen Tarifvertrag bei der CFM hat in mehrfacher Hinsicht eine gesellschaftliche Bedeutung. Erstens ist es ein Modellkampf gegen die Ausweitung von tariffreien Zonen und gegen den Abbau von Arbeiterrechten. Die KollegInnen wollen einen Bei-

trag dazu leisten, die Spirale nach unten zu stoppen und andere Belegschaften motivieren, sich ebenfalls zu organisieren und in den Kampf zu treten.

Zweitens stellen die Streikenden und ihre Gewerkschaften auch die Forderung nach einer Wiedereingliederung der CFM in die Charité und damit in hundertprozentigen Landesbesitz auf. Sie verstehen ihren Kampf auch als Kampf gegen Privatisierung und die Einführung kapitalistischer Marktprinzipien im Gesundheitswesen. Denn unter dieser Entwicklung leiden nicht nur die Beschäftigten im Gesundheitswesen, sondern auch die PatientInnen, potenziell also die große Mehrheit der Bevölkerung (außer die kleine Schicht reicher Privatversicherter).

Deshalb wurde der Arbeitskampf von Beginn an auch als eine gesellschaftliche Auseinandersetzung geführt und großer Wert auf Öffentlichkeitsarbeit, solidarische Verbindungen zu anderen Belegschaften und gesellschaftlichen Gruppen und auf Druck auf die politisch Verantwortlichen gelegt.

Schwierige Voraussetzungen

Der Organisationsgrad unter den CFM-Beschäftigten, vor allem unter den „Nicht-Gestellten“, war niedrig. Im Verlauf des Arbeitskampfes ist er gestiegen, was einmal mehr darauf hinweist, dass kämpfende Gewerkschaften Mitglieder gewinnen können. Aber die Startbedingungen waren alles andere als einfach. Starthilfe gaben die Pflegekräfte der Charité. Diese gingen im Mai 2011 in einen Arbeitskampf für eine Verbesserung ihres Haustarifvertrags. Die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen an der Charité und der CFM hatten beschlossen, zeitgleich die CFM-Beschäftigten zum Streik aufzurufen für die Forderung nach Aufnahme von Tarifverhandlungen. Das hatte tatsächlich den Effekt, dass im Fahrtwind der Charité-Streiks, an dem sich ja auch die gestellten Mitarbeiter der CFM beteiligten, auch der Streik an der CFM in Gang kam.

In den ersten Tagen des Streiks im Mai war die Beteiligung unter CFM-KollegInnen noch sehr niedrig, diese stieg dann aber von Tag zu Tag. Als dann die Charité-Beschäftigten nach fünf Tagen sehr wirkungsvollen Streiks ein Angebot unterbreitet bekamen und sich mehrheitlich dafür entschieden, ihren Streik zur Wiederaufnahme von Verhandlungen auszusetzen, waren die CFM-Beschäftigten in der Lage ihren Streik selbständig fortzusetzen. Nach weiteren acht Tagen hatte dann die CFM-Geschäftsführung Tarifverhandlungen zugesagt und auch der CFM-Streik wurde beendet. Als nach drei Monaten ergebnisloser Verhandlungen die Arbeitgeberseite immer noch kein ernstzunehmendes Angebot vorlegte, brachen die Gewerkschaften die Verhandlungen ab und leiteten den Streik ein, der am 12. September begann.

Der Streik wurde von ver.di und der gkl (Gewerkschaft Kommunaler Landesdienst, Teil der dbb/Tarifunion) organisiert. Neben diesen beiden Gewerkschaften organisiert die IG BAU bei der CFM einen Teil der GebäudereinigerInnen. Die IG BAU war schon im Mai aus der Streikfront ausgeschert und ihre VertreterInnen im Betrieb leisteten faktisch Streikbrechertätigkeit. Sie lehnen das gewerkschaftliche Prinzip „ein Betrieb – eine Belegschaft – ein Tarifvertrag“ ab und haben den Anspruch, nur die Reinigungskräfte zu vertreten. Diese wollen sie in den bundesweiten Reinigungstarifvertrag bringen. Ver.di argumentiert zu Recht, dass es sich bei der CFM nicht um ein Reinigungsunternehmen, sondern einen Krankenhausdienstleister handelt und die Lohn- und Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen nicht dem der bundesweit in den jeweiligen Teilbereichen üblichen Bedingungen, sondern der gestellten Beschäftigten entsprechen sollen.

Die Politik der IG BAU spaltet die Belegschaft. Auch wenn viele Reinigungskräfte im Verlauf des Streiks in ver.di oder gkl übergetreten sind, war diese Spaltung in einer der größten und wichtigsten Beschäftigtengruppen eine schwere Hypothek für den Streik. Hinzu kommt, dass die Belegschaft vielfältig differenziert ist: Gestellte, Befristete, Unbefristete, LeiharbeiterInnen, IG BAU-Mitglieder etc. Es gibt insgesamt vier Standorte, die über Berlin verstreut sind: die drei Klinika Campus Mitte, Virchow und Benjamin Franklin und das Zentrallager. Im August legte die CFM-Geschäftsführung ein Angebot vor, das nur minimale Verbesserungen für eine Minderheit der ArbeiterInnen vorsah, das aber von der IG BAU unterstützt und von der Geschäftsführung einseitig umgesetzt wurde, was bei Teilen der Belegschaft zu Verwirrung und Verunsicherung führte.

Harte Bandagen

Die Geschäftsführung hat den Arbeitskampf mit harten Bandagen geführt und auf eine Politik der Einschüchterung, Bedrohung und Provokation gesetzt. Permanent wurden in den Gebäuden Streikposter abgerissen und Gewerkschaftsfahnen entfernt, GewerkschafterInnen haben Hausverbot erteilt bekommen und wurden von extra eingestellten Wachmännern verfolgt, wenn sie auf arbeitende MitarbeiterInnen zugehen wollen, um ein Gespräch zu führen. Diese Wachleute glichen Rausschmeißern aus der Türsteher-szene, einzelne sollen Verbindungen zu den hell's Angels haben. Die Reinigungskräfte wurden von ihren Vorarbeitern zu Arbeitsbeginn empfangen, um zu verhindern, dass sie mit Streikposten reden. Es wurde suggeriert, dass Streikende gekündigt werden oder dass sich MitarbeiterInnen nicht am Streik beteiligen dürfen. All das hat zweifellos einige KollegInnen eingeschüchtert. Nach dem Motto „Zuckerbrot und Peitsche“ wurden gleichzeitig Streikbrecherprämien gezahlt und die Arbeitenden mit Blumen und Schnittchen umworben.

Hinzu kam, dass die MitarbeiterInnen mit befristeten Arbeitsverträgen in der Regel nicht an einem Streik teilnehmen, weil sie befürchten, deshalb keine Verlängerung oder Entfristung ihres Vertrags zu erhalten. Die Hoffnung darauf ist bei der CFM zwar ohnehin trügerisch, denn nur zehn Prozent der befristet eingestellten KollegInnen werden weiter beschäftigt, aber die Hoffnung stirbt bekanntlich ja zuletzt.

Ver.di und gkl hatten die gestellten KollegInnen zum Solidaritätsstreik aufgerufen. Dieser Aufruf wurde von zu wenigen dieser KollegInnen befolgt. Das hat unterschiedliche Gründe. Teilweise befürchteten KollegInnen Verluste beim Weihnachtsgeld, teilweise wurde verbreitet, Solidaritätsstreiks seien nicht legal. Ein Problem war auch eine mangelnde Aufarbeitung des Streiks im Mai, als die Pflegekräfte ihren Streik vor dem CFM-Streik aussetzten und dies in Teilen der Belegschaft heftige Diskussionen auslöste. Hinzu kam, dass die Charité ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) nicht nachkam, die gestellten MitarbeiterInnen über ihr Leistungsverweigerungsrecht zu informieren. Denn Leiharbeiter (und nichts anderes sind die Gestellten) müssen nicht in einem bestreikten Bereich arbeiten und müssen über dieses Recht von ihrem Arbeitgeber informiert werden. Die Gewerkschaften informierten zwar dazu und gingen auch bei der zuständigen Bundesagentur für Arbeit gegen diese Vorgehensweise vor, aber die Unsicherheit bei vielen Beschäftigten konnte doch nicht verhindert werden.

Aber zweifellos gibt es hier auch ein Element von einem mangelhaften solidarischen Bewusstsein und einem fehlenden Verständnis, dass auch die gestellten Mitarbeiter ein direktes Interesse an einem Tarifvertrag für die CFM-KollegInnen haben. Denn auch ihre Zukunft ist alles andere als sicher und ein Tarifvertrag wäre auch für sie eine Absicherung und zudem eine wichtige Voraussetzung um die politische Forderung der Belegschaft zu erreichen: die Wiedereingliederung der CFM in die Charité.

All das ist der Hintergrund dafür, dass der Streik von Anfang an ein Minderheitenstreik war. Es streikten im Verlauf der 89 Tage 250 bis 300 Beschäftigte (insgesamt aufgrund von urlaubs- und krankheitsbedingter Fluktuation wahrscheinlich eine etwas höhere Zahl). Folge davon war, dass der wirtschaftliche Schaden für die CFM durch den Streik begrenzt war und dass auch der Krankenhausbetrieb nicht zum Stillstand kam. Es kam zwar immer wieder zu Verzögerungen bei Arbeitsabläufen, einige Operationen mussten sogar abgesagt werden. Aktionen vor den Toren des Zentrallagers und auf dem Betriebsgelände führten zu Verzögerungen. Aber nicht zuletzt durch den massiven Einsatz von LeiharbeiterInnen als Streikbrecher und die Akzeptanz einer weiteren Verschlechterung des Services und der Hygiene, konnten die Streikauswirkungen begrenzt werden. Das gab der Geschäftsführung die Möglichkeit, sich knallhart zu präsentieren und über dreizehn Wochen keinerlei Gesprächsbereitschaft an den Tag zu legen.

Aktiver Streik und Solidarität

Diese Situation machte es noch wichtiger, einen aktiven Streik zu führen, der die Forderungen massiv auf die Straße und in die Gesellschaft getragen hat. Die Streikenden haben unzählige Demonstrationen und Protestaktionen durchgeführt. Sie zogen mehrmals vor das Rote Rathaus, „besuchten“ Wahlkampfauftritte von Parteien, demonstrierten vor den Niederlassungen verschiedener Leiharbeitsfirmen, zogen durch verschiedene Stadtteile und demonstrierten vor und in dem Kulturkaufhaus Dussmann (die Dussmann-Gruppe gehört zu den privaten Teilhabern der CFM). Es wurden zwei Mahnwachen eingerichtet, die eine Dau-

erpräsenz von Streikenden vor dem Sitz des Charité-Vorstands und der SPD-Landeszentrale schufen. Die Streikenden führen sogar nach Hamburg und demonstrierten dort vor der Niederlassung von Hellmann World Logistics und dem Universitätsklinikum Eppendorf, wo Vamed eine Niederlassung hat.

Eine wichtige Rolle spielte das Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten, das schon während des Streiks im Mai gegründet worden war und zusammen mit ver.di das „Schwarzbuch CFM“ herausbrachte. Hier kamen Streikende, KollegInnen aus anderen Betrieben und Gewerkschaften und Mitglieder verschiedener linker Gruppen zusammen. Das Komitee spielte eine wichtige Rolle, um den Streik bekannt zu machen, Verbindungen zu anderen Betrieben, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Bereichen herzustellen. Vor allem gelang es zwei große Solidaritätsdemonstrationen durchzuführen, an denen circa 700 bzw. 1.000 Menschen teilnahmen und eine offene Streikversammlung zu organisieren, an der neben den Streikenden 150 bis 200 UnterstützerInnen teilnahmen. Über das Solidaritätskomitee und die SAV wurden außerdem nicht nur Solidaritätsbotschaften aus dem Bundesgebiet und der ganzen Welt organisiert, sondern auch Protestaktionen vor Dussmann-Niederlassungen in vielen Städten und sogar in Österreich und Großbritannien angestoßen. All das hatte eine große Wirkung auf die Kampfmoral der Streikenden.

Es wurden aber auch direkte Verbindungen zu kämpfenden Belegschaften gezogen. Parallel zum CFM-Streik standen auch die Beschäftigten der Alpenland-Pflegeheime in Berlin-Marzahn im Ausstand. Hier gab es gegenseitige Besuche und gemeinsame Demonstrationen und das Solidaritätskomitee spielte eine wichtige Rolle, um die Verbindung der beiden Belegschaften zu verstetigen. Ebenso wurde Kontakt zu den Beschäftigten des Bertolt-Brecht-Theaters „Berliner Ensemble“ aufgenommen, die ebenfalls einen Kampf für einen Tarifvertrag vorbereiten und es wurden gemeinsame Aktionen mit den PsychotherapeutenInnen in Ausbildung (P.I.A.) durchgeführt, die Anfang Dezember eine Streikwoche organisierten.

Streikdemokratie

Der Streik stach auch aufgrund seiner transparenten und demokratischen Kultur heraus. Jeden Morgen fand um neun Uhr eine Informierung der Streikenden statt. Diese Streikversammlungen unter freiem Himmel boten allen Streikenden die Gelegenheit, sich zu äußern, Vorschläge und Kritik vorzubringen. Dies wurde jedoch wenig angenommen, sicherlich auch weil es anfangs wenig Diskussionsbedarf gab, aber auch weil die Überwindung ans Mikro zu treten hoch war und die Sorge mitschwang, dass die Geschäftsführung zusah und mithörte. Daraufhin wurden ab der dritten Streikwoche zwei Mal pro Woche Streikversammlungen in geschlossenen Räumen durchgeführt, in denen oftmals lebhaft diskutiert wurde und Entscheidungen über Aktionen und den Streikverlauf gefällt wurden.

Die Streikleitung war die von der gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung gewählte Tarifkommission. Sie tagte offen, KollegInnen konnten daran teilnehmen und wurden immer wieder aufgefordert Teil derselben zu werden. Drei Aktive aus dem Solidaritätskomitee wurden in die Streikleitung kooptiert.

Ab der zweiten Streikwoche wurde eine tägliche Streikzeitung herausgebracht, die von Aktiven aus dem Solidaritätskomitee und Streikenden, oftmals mit Unterstützung von ver.di-KollegInnen der Charité gemacht wurde. Dieser „Streikkurier“ spielte eine wichtige Rolle bei der Informierung der Streikenden, wurde aber auch an die nicht-streikenden CFM-Beschäftigten und die Charité-Pflegekräfte verteilt und wurde so zu einem täglichen Propagandamittel in den Betrieb hinein.

Zweifellos gibt es auch in der Streikführung und der Einbeziehung der Streikenden in Aktivitäten und Entscheidungsprozesse vieles zu verbessern. Aber der Geist, mit dem dieser Streik geführt wurde unterschied sich positiv von vielen anderen Arbeitskämpfen, in denen bürokratische Methoden dominieren.

Rolle von ver.di

Das größte Problem vieler Arbeitskämpfe in der Vergangenheit war ihre Isolierung. Diese basierte oftmals auf der Weigerung der gewerkschaftlichen Apparate, Arbeitskämpfe als politische Auseinandersetzungen zu verstehen und Solidaritätskampagnen zu organisieren. Beim CFM-Streik wurde auf verschiedenen Ebenen diese Isolierung durchbrochen. Die Aktivitäten des Solidaritätskomitees spielten eine Rolle. Aber auch die kontinuierliche Unterstützung durch die ver.di-Betriebsgruppe an der Charité und die Haltung der hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre vor Ort, den Kampf auch politisch zu führen. Es gab auch

27 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

eine wichtige Initiative von ver.di-Kollegen bei den Berliner Verkehrsbetrieben, die 15.000 Solidaritätsflugblätter an ihre KollegInnen und an Fahrgäste verteilten, ähnliches taten KollegInnen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bei der Berliner S-Bahn.

Es war jedoch nicht möglich über solche Formen von Unterstützung hinaus zu gehen und zu Solidaritätsstreiks in anderen Betrieben zu kommen. Unter Charité-Beschäftigten wurden von Gewerkschaftsaktiven mehrmals versucht, die Bereitschaft zu solchen Aktionen abzufragen, aber die Stimmung existierte in der Breite der Belegschaft leider noch nicht. Das hing sicher auch damit zusammen, dass selbst unter den CFM-MitarbeiterInnen nur eine Minderheit streikte. Für zukünftige Kämpfe bleibt die Frage, wie man zu realen und wirksamen Solidaritätsaktionen in anderen Betrieben kommen kann, eine zentrale Herausforderung.

Zweifellos hätten aber ver.di, der DGB und die Einzelgewerkschaften deutlich mehr machen können und müssen, um den CFM-Streik zu unterstützen. Wenn diese auf Landesbezirks- und Bundesebene so viel Entschlossenheit und Kampfbereitschaft an den Tag gelegt hätten, wie die Streikenden, die zuständigen Gewerkschaftssekretäre und das Solidaritätskomitee, hätte der öffentliche Druck auf die CFM-Geschäftsleitung, den Charité-Vorstand und den Senat deutlich höher ausfallen können. Nötig wäre eine wirkliche Solidaritätskampagne gewesen, die den Streik in alle Berliner Betriebe und in die Öffentlichkeit hätte tragen und wirksamere Solidaritätsaktionen hätte beinhalten müssen. Tatsächlich wurden alle Solidaritätsaktionen von unten angestoßen. Das ist ein Hinweis darauf, welche verknöcherten bürokratischen Strukturen in den Gewerkschaften dominieren. Selbst wenn sie einen Kampf führen und gewinnen wollen, sind die Gewerkschaftsführungen nicht mehr dazu in der Lage, alle dazu nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Bei ver.di arbeiten die verschiedenen Fachbereiche nebeneinander her, wie unterschiedliche Tochterunternehmen eines Dienstleistungskonzerns.

All das zeigt die Notwendigkeit, die Gewerkschaften von unten her zu verändern und wieder zu wirklichen Kampforganisationen zu machen.

Zwischenergebnis und Ende des Streiks

Anfang Dezember wirkte sich der stetige Druck dann doch so aus, dass die Geschäftsführung zu Gesprächen mit GewerkschaftsvertreterInnen bereit war. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt schwer einzuschätzen, was dafür ausschlaggebend war. Wahrscheinlich wirkte der politische Druck so sehr auf die SPD und den Charité-Vorstand, dass dieser den Streik vor Weihnachten beendet sehen wollte. Jedenfalls kam es zu einem Verhandlungsergebnis, das von der Tarifkommission einstimmig (bei einer Enthaltung) und in den gewerkschaftlichen Urabstimmungen mit 82 (ver.di) und 93 (gkl) Prozent angenommen wurde.

In einem Eckpunktevertrag zwischen Geschäftsführung und den Gewerkschaften wurde u.a. vereinbart, dass:

- * **Verhandlungen zu einem Manteltarifvertrag im Januar 2012 beginnen**
- * **ab Mai 2012 ein Mindestlohn von 8,50 Euro gezahlt wird**
- * **eine Einmalzahlung von 300 Euro gezahlt wird, von der jedoch die reinigungskräfte ausgeschlossen sind**
- * **die Urlaubstage für die Betriebstechnik auf 26 erhöht werden**
- * **keine Maßregelungen gegen Streikende vorgenommen werden dürfen**

Auch wenn das Erreichte materiell nicht viel ist, so ist es auch nicht wenig. Für die unteren Lohngruppen wird der Mindestlohn von 8,50 Euro festgeschrieben. Nach bisherigem Informationsstand und Aussagen der Geschäftsführung wäre die CFM gesetzlich nicht verpflichtet, die angekündigte Erhöhung des Berliner Vergabegesetzes auf diesen Betrag umzusetzen. Das ist für über 500 KollegInnen eine spürbare Verbesserung. Die Einmalzahlungen gleichen zumindest die Einkommensverluste durch den Streik aus oder liegen darüber. Die Solidarität und Geschlossenheit der Streikenden zeigt sich in der Absicht, den Reiningungskräften, die von einer Einmalzahlung durch den Arbeitgeber ausgeschlossen wurden, diese auf anderem Wege zukommen zu lassen.

Aber vor allem: eine Geschäftsführung, die über Jahre die Gewerkschaften nicht mit der Kneifzange anfassen wollte und sich einem Tarifvertrag immer verweigert hat, musste nun anerkennen, dass die Gewerkschaften im Betrieb die legitime Vertretung der ArbeitnehmerInnen sind und einen Vertrag mit ihr abschließen. Und: sie musste sich verpflichten, Manteltarifverhandlungen im neuen Jahr zu führen. Dieser politische Erfolg ist nicht hoch genug einzuschätzen und wird andere Belegschaften in ähnlichen Situationen motivieren, ebenfalls zu kämpfen!

Eine Ablehnung dieses Erfolgs wäre nur gerechtfertigt gewesen, wenn man hätte sicher stellen können, dass der Streik kurzfristig noch deutlich steigerungsfähig ist, um den Druck auf die Arbeitgeber massiv zu erhöhen. Realistisch eingeschätzt war das nur schwer möglich.

Deshalb hat auch die SAV empfohlen, das Ergebnis anzunehmen und den Streik vorerst zu beenden. Der Streik wurde noch eine Woche nachdem zwischen Geschäftsführung und Gewerkschaften das Ergebnis erzielt wurde, fortgesetzt. Das ermöglichte eine offene und demokratische Diskussion dazu auf zwei Streikversammlungen. Die Mehrheit der KollegInnen schätzte das Kräfteverhältnis so ein, dass sie zu diesem Zeitpunkt eine Waffenruhe akzeptieren mussten. Aber für alle Beteiligten ist klar, dass der Kampf für einen Tarifvertrag nicht beendet ist. Das machte auch die ver.di-Verhandlungsführerin Sylvi Krisch deutlich, die schon bei der ersten Präsentation des Ergebnisses dieses nicht schön redete und dazu aufforderte auch im Falle einer Annahme sich auf einen nächsten Streik im neuen Jahr vorzubereiten. Nun gilt es, dafür zu sorgen, dass die Gewerkschaften im Betrieb sich noch besser organisieren, mehr KollegInnen vom nächsten Streik überzeugt werden und dieser noch besser vorbereitet wird. Dazu sollen u.a. die Aufrechterhaltung der Streikzeitung als regelmäßig erscheinende Betriebszeitung, regelmäßige Treffen der Betriebsgruppen, ein Streikenden-Stammtisch gemeinsam mit dem Solidaritätskomitee, die Erarbeitung einer Streik-Dokumentation etc. dienen. Außerdem gibt es 2012 wahrscheinlich die Möglichkeit im Rahmen der Kampagne „Der Druck muss raus“ gemeinsam mit den Charité-KollegInnen auf der Straße zu sein.

Dementsprechend gingen die Streikenden erhobenen Hauptes und mit gestiegenem Selbstbewusstsein zurück an die Arbeit. Ihr Kampf war beispielhaft und sollte breit in Gewerkschaften und der Linken diskutiert werden.

Der SAV-Bundessprecher Sascha Stanicic ist aktiv im Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten und war Mitglied der Streikleitung.

5.10.2012: CFM-Streik: ein Jahr danach

Die Mühen der Ebene

Vor einem Jahr begann der 89 Tage währende Streik beim Berliner Charité Facility Management (CFM) für einen Tarifvertrag. Am Ende stand ein Teilerfolg: seit Mai 2012 gilt ein Mindestlohn von 8,50 Euro, was für eine erhebliche Zahl der Beschäftigten eine deutliche Verbesserung bedeutete. Außerdem verpflichtete sich der Arbeitgeber in diesem Jahr Tarifverhandlungen zu führen. Diese werden auch seit Monaten geführt, es gibt jedoch keinen Hinweis darauf, dass der Arbeitgeber bereit ist, einem für die Gewerkschaften ver.di und gkl akzeptablen Tarifvertrag zuzustimmen.

von Sascha Stanicic

Der Streik der 300 CFM-KollegInnen war in vielerlei Hinsicht beispielhaft. Er wurde (auch) als politische Auseinandersetzung geführt und die Forderung nach Wiedereingliederung der CFM in die Charité und die Rücknahme der Privatisierung wurde, auch wenn sie nicht Teil des offiziellen Forderungskatalogs für den Tarifvertrag sein konnte, permanent propagiert.

Der Streik löste eine breite Solidaritätswelle aus, deren Höhepunkte zwei Samstagsdemonstrationen mit hunderten TeilnehmerInnen aus verschiedenen Berliner Betrieben, Gewerkschaften, linken Organisationen und sozialen Bewegungen und eine öffentliche Streikversammlung mit über vierhundert Teilnehme-

29 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

rInnen aus allen wichtigen Berliner Betrieben waren. Solidaritätsaktionen fanden im ganzen Bundesgebiet und sogar im Ausland statt. Unterstützungsbotschaften kamen aus der ganzen Welt – von Brasilien bis Pakistan. Eine wichtige Rolle bei der täglichen Unterstützung des Streiks und den vielen Solidaritätsaktionen spielte das von Charité-GewerkschafterInnen, KollegInnen aus anderen Gewerkschaften und SAV-Mitgliedern gegründete Solidaritätskomitee.

Der Streik hob sich positiv von anderen Arbeitskämpfen ab. Es gab tägliche Demonstrationen und Aktionen – darunter zwei Mahnwachen (vor der Charité-Geschäftsführung und dem Sitz des SPD-Landesverbands), Blockaden von Transporten aus dem Charité-Zentrallager, Flash-Mobs im Kulturkaufhaus Dussmann (die Dussmann-Gruppe gehört zu den drei Gesellschaftern der CFM – Vamed, Dussmann, Hellmann), Beteiligung an Demonstrationen der Occupy-Bewegung und vieles mehr.

Auch hinsichtlich der demokratischen Beteiligung der Streikenden an der Organisation und den Entscheidungen während des Streiks stach der CFM-Streik positiv hervor. Vom ersten Tag an gab es tägliche Informationsveranstaltungen am jeweiligen Streiklokal. Als klar wurde, dass dort (weil unter freiem Himmel vor dem jeweiligen Charité-Standort) eine lebendige Diskussion schwer zu erreichen war, wurden zwei Mal in der Woche Indoor-Streikversammlungen durchgeführt, wo auch über die nächsten Aktionen beraten und entschieden wurde. Der Streikabbruch wurde auf zwei solcher Versammlungen offen diskutiert bevor eine Urabstimmung eingeleitet wurde. Die Offenheit und Transparenz der Streikleitung zeigte sich unter anderem darin, dass die Sitzungen öffentlich waren und alle KollegInnen aufgefordert wurden, sich an der Streikleitung zu beteiligen. Neue Mitglieder wurden unbürokratisch kooptiert. Ein Novum war auch, dass drei AktivistInnen des Solidaritätskomitees in die Streikleitung aufgenommen wurden. Diese halfen bei der Organisation der Aktionen und bei der Herausgabe des täglich erscheinenden Streikkuriers und konnten an allen politischen und strategischen Debatten teilnehmen.

Was ist das Charité Facility Management (CFM)?

2006 wurden die nichtpflegerischen Tätigkeitsbereiche (Krankentransport, Reinigung, Sterilisation, Sicherheitsdienst etc) an der Berliner Charité in der CFM zusammen gefasst, ausgegliedert und teilprivatisiert. Seitdem hält das Land Berlin 51 Prozent und das aus den Firmen Vamed, Dussmann und Hellmann bestehende private Gesellschafterkonsortium 49 Prozent der Anteile. Die zum damaligen Zeitpunkt bei der Charité beschäftigten KollegInnen behielten ihre Arbeitsverträge mit der Charité und werden seitdem an die CFM entliehen. Man nennt diese KollegInnen „Gestellte“. Sie fallen unter den Charité-Haustarifvertrag. Die direkt bei der CFM beschäftigten KollegInnen unterliegen keinem Tarifvertrag. Bis zum Streik wurden in einigen Bereichen Stundenlöhne von unter sieben Euro gezahlt.

Der Mai-Streik

Schon im Mai 2011 hatten die CFM-Beschäftigten zwei Wochen gestreikt und damit erste Tarifverhandlungen erkämpft. In den ersten Tagen lief dieser Streik zeitgleich mit dem Streik der Charité-Beschäftigten für Lohnerhöhungen, der eine enorme Dynamik entfaltete. Der Charité-Streik, an dem auch die „Gestellten“ der CFM teilnahmen, wirkte wie eine Lokomotive für den Kampf bei der CFM. Als die Charité-Beschäftigten aber ein ernstzunehmendes Angebot erhielten, entschieden sie sich ihren Streik auszusetzen. Das führte dazu, dass die CFM-Beschäftigten alleine weiter streiken mussten. Die Entscheidung, den Charité-Streik auszusetzen, wird von einigen sektiererischen linken Gruppen als Entsolidarisierung mit den CFM-Beschäftigten kritisiert. Tatsächlich handelte es sich um zwei formal separate Arbeitskämpfe. Die Charité-KollegInnen waren zur Durchsetzung eigener Lohnerhöhungen in den Streik getreten. Es gab in den Tagen des zeitgleichen Streiks, auch durch gemeinsame Aktionen, ein hohes Gefühl der Gemeinsamkeit und Solidarität. Aber den Charité-Streik als Solidaritätsstreik zur Durchsetzung eines Tarifvertrags bei der CFM fortzusetzen, hätte die große Gefahr beinhaltet, dass eine Spaltung unter den Charité-Beschäftigten hätte einsetzen können. Die Entscheidung wurde auf Streikversammlungen von den Streikenden selber getroffen. CFM-GewerkschafterInnen beschreiben die Situation gerne so: in der ersten Woche des Streiks hat die Mutter (Charité) der Tochter (CFM) das Laufen beigebracht, in der zweiten Woche konnte die Tochter es dann selber. Nach zwei Wochen stimmte die CFM-Geschäftsleitung Tarifverhandlungen zu. Damit war das Streikziel für die CFM erreicht. Als diese Verhandlungen keine Ergebnisse brachten, wurde im August erneut eine Urabstimmung eingeleitet und der nächste Streik vorbereitet.

Schwere Streikbedingungen

Der Streik musste unter schwierigen Bedingungen geführt werden. Es war vom ersten Tag an ein Streik der Minderheit der Belegschaft. Das hatte verschiedene Ursachen: KollegInnen mit befristeten Verträgen trauten sich in der Regel nicht, am Streik teilzunehmen, da sie (zurecht) befürchteten damit die Chance auf eine Entfristung zu verspielen; aus organisationsegoistischen Gründen sabotierte die Gewerkschaft IG BAU, die einen Teil der Reinigungskräfte organisierte, den Ausstand; es gab massive Einschüchterungsversuche und Repressionen durch die Geschäftsleitung und leitende Angestellte; der Teil der CFM-Belegschaft, der einen Arbeitsvertrag bei der Charité hat, die so genannten „Gestellten“, trat – bis auf wenige Ausnahmen – nicht in den Solidaritätsstreik, obwohl die Gewerkschaft dazu aufgerufen hatte.

Das führte nicht nur dazu, dass nur eine Minderheit streikte, sondern bedeutete auch, dass die Arbeitsabläufe in der CFM zwar gestört, aber nicht zum Stillstand gebracht werden konnten. Der Einsatz von LeiharbeiterInnen als StreikbrecherInnen kam hinzu. Das bedeutete, dass die Geschäftsleitung nicht durch einen streikbedingten wirtschaftlichen Schaden in die Knie zu zwingen war. Es musste also versucht werden, durch politischen Druck und einen Imageschaden für die Charité und die an der CFM beteiligten Firmen einen Erfolg zu erzielen.

Alle Versuche, den politischen Druck qualitativ zu erhöhen, den Streik auszuweiten, die Unruhe auch in die Charité-Belegschaft zu tragen reichten nicht aus, um den Arbeitgeber zum Einlenken zu zwingen. Hierzu wäre eine Solidaritätskampagne ganz anderer Qualität durch die Gewerkschaften und DIE LINKE nötig gewesen. Bei einem so beispielhaften und wegweisenden Kampf, sollten die Gewerkschaften unbürokratisch mehr Personal- und Geldmittel zur Verfügung stellen, sollten mit Massenflugblättern in allen anderen Betrieben, Plakat- und Medienkampagnen die Öffentlichkeit permanent informieren und Solidarität mobilisieren. Auch DIE LINKE hätte die Solidarität mit dem CFM-Streik zum Dauerthema machen können. In den ersten Wochen des Streiks fand gleichzeitig der Abgeordnetenhaus-Wahlkampf statt. Statt aber bei jeder Gelegenheit die Einführung eines Tarifvertrags bei der CFM zum Wahlkampfthema zu machen und sich aktiv an die Seite der Streikenden zu stellen, hielt sich der Berliner Landesverband der Partei bei der Solidarisierung mit den Streikenden ziemlich zurück. Schließlich wollte DIE LINKE in Berlin die Koalition mit der SPD gerne fortsetzen. So waren es vor allem die Bundestagsabgeordneten Jutta Krellmann und Inge Höger, die den Streik solidarisch begleiteten. Gregor Gysi fand den Weg zum Streiklokal erst am 86. Streiktag.

Als die Weihnachtszeit immer näher rückte und die streikbedingten Verdienstauffälle vielen Streikenden zu schaffen machten, kam das oben erwähnte Verhandlungsergebnis zustande, was von einer großen Mehrheit beider Gewerkschaften angenommen wurde, obwohl es nur für einen Teil der Belegschaft Verbesserungen bedeutete und der Arbeitgeber die KollegInnen dadurch spalten wollte, dass er die Reinigungskräfte von einer einmaligen Sonderzahlung ausschloss. Dem begegnete die Tarifkommission und das Solidaritätskomitee durch eine Spendenaktion, deren Einnahmen an die ReinigungskollegInnen, die sich am Streik beteiligt hatten, ausgezahlt wurde.

Die KollegInnen spürten, dass sie dieses Angebot nur ausschlagen hätten können, wenn sie beim Streik noch „eine Schippe“ hätten drauf legen können. Das war angesichts der Erschöpfung und der fehlenden Perspektive auf eine Ausdehnung des Streiks nicht realistisch. Deshalb haben auch die am Streik beteiligten SAV-Mitglieder eine Annahme des Verhandlungsergebnisses und damit die Aussetzung des Streiks empfohlen. Während der letzten Streikversammlungen wurde immer wieder von Seiten der gewerkschaftlichen und anderer RednerInnen betont, dass diese Verhandlungen nur erfolgreich sein können, wenn der Druck aufrecht erhalten wird, aktive betriebliche Gewerkschaftsgruppen aufgebaut werden und die Belegschaft streikbereit bleibt. Die KollegInnen gingen mit dem Slogan „Wir kommen wieder“ wieder an die Arbeit und nicht wenige hofften, dass es eher schneller als später zu einem neuen Ausstand kommen würde.

Tarifverhandlungen

Nun laufen seit Monaten die Tarifverhandlungen ohne, dass ein Ergebnis in Sicht wäre. Gleichzeitig ist es bisher nicht gelungen, die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen deutlich zu stärken und die Zahl aktiver

31 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

GewerkschafterInnen im Betrieb zu erhöhen. Verhandlungen begleitende Protestaktionen wurden, wenn auch zu spät und zu zurückhaltend, durchgeführt, trafen aber auf wenig Resonanz in der Belegschaft. Ein Faktor dabei kann in einigen Bereichen die Schikane und Repression gegen StreikteilnehmerInnen nach Streikende sein, so haben sich vor allem die Abteilungsleiter des Sicherheitsdienstes am Standort Mitte damit hervorgetan, dass sie Abmahnungen hageln ließen. Auch haben Beschäftigte gegenüber GewerkschaftsvertreterInnen geäußert, dass bei Bewerbungsgesprächen in diesem Bereich unterschrieben werden muss, dass man kein Gewerkschaftsmitglied ist.

Die Stimmung unter den ehemals Streikenden ist gemischt, aber ein Teil scheint zur Zeit nicht bereit zu sein, wieder in den Streik zu treten. Woran liegt das? Ein Teil der Verantwortung liegt sicher bei den Gewerkschaften, die nach Streikende zu lange brauchten, um KollegInnen Angebote zur Organisation zu machen. Die erste ver.di-Mitgliederversammlung fand erst im 22. März 2012 statt. Das ist auch Ausdruck eines bürokratischen Apparats, der viel zu träge agiert und oftmals in Routine erstarrt. Gleichzeitig zeigt sich darin auch die Schwäche des ver.di-Hauptamtlichenapparats im Fachbereich Drei, wo es einfach nicht genügend Hauptamtliche gibt, um die vielen Betriebe ausreichend zu betreuen. Die wenigen aktiven GewerkschafterInnen im Betrieb fanden aber auch bisher keinen Weg (und sind zudem oftmals mit Betriebsratsstätigkeit überlastet), das Vorhaben umzusetzen, ein Netzwerk gewerkschaftlicher Vertrauensleute zu schaffen, die als MultiplikatorInnen in den verschiedenen Standorten und Abteilungen agieren könnten. So ging die Dynamik aus den Streikmonaten verloren, was bis zu einem gewissen Grad zwangsläufig geschieht, weil die KollegInnen wieder voneinander getrennt sind, ihre Arbeit verrichten und sich um ihr, während des Streiks vernachlässigtes, Privatleben kümmern müssen.

Stellvertreterhaltung

Unter vielen Beschäftigten war aber auch schon während des Streiks eine Haltung festzustellen, die man als Stellvertreterhaltung bezeichnen kann. Es gab die Bereitschaft am Streik und an Aktionen teilzunehmen, wenn diese von den Aktiven aus den Gewerkschaften und dem Solidaritätskomitee organisiert wurden. Den Schritt vom Teilnehmer zum AktivistIn bzw. dazu Verantwortung zu übernehmen, machten nur Wenige. So gab es beispielsweise nur wenige KollegInnen, die das Angebot an nahmen, während des Streiks der Streikleitung beizutreten und in dieser mitzuarbeiten. Die Ursachen für diese Haltung mögen vielschichtig sein. Der Verlust gewerkschaftlicher Traditionen ist sicherlich ein Faktor. Das relativ niedrige politische Bewusstsein ein weiterer. Dieses bedeutet, dass die größere gesellschaftliche Bedeutung des betrieblichen und gewerkschaftlichen Engagements nicht erkannt wird oder aber nicht die Hoffnung besteht, dass sich dieses lohnen könnte. Andererseits ist es vorstellbar, dass KollegInnen mit wenig politischer und gewerkschaftlicher Erfahrung nicht das Selbstbewusstsein haben, mit den GewerkschaftsaktivistInnen auf Augenhöhe zusammen zu arbeiten. Hier müssen Mittel und Wege diskutiert werden, die nötigen Brücken zwischen unerfahrenen KollegInnen und den wenigen betrieblichen AktivistInnen zu bauen.

Nicht hilfreich in diesem Zusammenhang ist die Politik einiger Gruppen (Vitamin C, RIO), die bei der CFM intervenieren und Kontakt zu einzelnen KollegInnen aufgebaut haben und diese nicht dazu motivieren, in den gewerkschaftlichen Gruppen und dem Solidaritätskomitee aktiv zu werden, sondern am Rande bleiben und pauschale und undifferenzierte Kritik an der Gewerkschaft und den betrieblichen GewerkschafterInnen üben.

Was kann getan werden? Die Tarifkommission hat sich bisher nicht so weit unter Druck durch den Arbeitgeber setzen lassen, irgendwelchen schlechten Regelungen für einen Tarifvertrag zuzustimmen. Viele KollegInnen sagen zurecht: lieber keinen Tarifvertrag, als einen schlechten. Lieber jetzt nichts unterschreiben, um die Kräfte für einen nächsten Streik zu sammeln. Um eine Mobilisierungs- und Kampffähigkeit zu erreichen, müssen die KollegInnen informiert und einbezogen werden. Der Schritt die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen von ver.di und gkl in Zukunft gemeinsam tagen zu lassen, kann dabei helfen. Es sollten neben der vom Solidaritätskomitee und der ver.di-Betriebsgruppe gemeinsam produzierten Betriebszeitung „Gegengift“ regelmäßige Tarifinformationen herausgegeben werden. Der Versuch ein Netz von gewerkschaftlichen AnsprechpartnerInnen in allen Bereichen aufzubauen, sollte fortgesetzt werden. Und vor allem muss durch gewerkschaftliche Kleinarbeit gegen die alltäglichen Schikanen und Pro-

bleme das Vertrauen der KollegInnen in die Gewerkschaft und in ihre eigene Kampffähigkeit wieder hergestellt werden.

Die anstehende Tarifaueinandersetzung an der Charité für einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz sollte von ver.di genutzt werden, um nicht nur auf den immer noch tariflosen Zustand bei der CFM hinzuweisen, sondern auch die Forderung nach einer vollständigen Wiedereingliederung des Servicebereichs in die Charité zu propagieren. Die wachsende Unruhe unter Charité-Beschäftigten kann auch ein Funke sein, der den Widerstandswillen unter CFM-KollegInnen wieder entfacht. Das sollte durch entsprechende Angebote gewerkschaftlicher Versammlungen und Aktionen gefördert werden.

Sascha Stanicic ist aktiv im Solidaritätskomitee für die CFM-Beschäftigten und war in der Streikleitung des CFM-Streiks. Er ist auch Bundessprecher der SAV und aktiv in der LINKEN Berlin-Neukölln.

30.6.2012: Bei der Berliner Charité stehen die Zeichen wieder auf Sturm

Auf dem Silbertablett

Die Charité in Berlin steht nur ein Jahr nach dem großen Streik vom Mai 2011 vor einer erneuten Tarifaueinandersetzung. Ging es letztes Jahr noch um klassische Entgelt- und manteltarifliche Forderungen, steht nun der Gesundheitsschutz im Mittelpunkt. Die Charité könnte bundesweit das erste Krankenhaus sein, das auf Basis der „Druck muss raus!“-Kampagne von ver.di eine Tarifaueinandersetzung führt.

*von Stephan Gummert, Mitglied der ver.di-Betriebsgruppe an der Charité Berlin**

Eigentlich veröffentlichte die Charité im ersten Quartal nur Jubelmeldungen. Trotz Streik und Tarifsteigerungen wurde ein Jahresplus 2011 von acht Millionen Euro erzielt. Einmal Blut geleckt zwingt die Politik die Charité für das Jahr 2012 erstmals statt eines ausgeglichenen Jahresergebnisses mehrere Millionen Überschuss anzustreben. Das übliche Mittel dafür sollen weitere Arbeitsverdichtung und weiterer Personalabbau sein.

Radikale Maßnahmen der Charité-Leitung

Zur Jahresmitte sieht die Charité ihren angestrebten Millionenüberschuss in Gefahr und hat nun den Pflegedienst ins Visier genommen. Personalkostenüberschreitungen im Pflegedienst bei gleichzeitiger Kostensteigerung durch externe Leiharbeit seien Hauptübel der akuten Misere.

Pflegedirektion und pflegerische Centrumsleitungen (die Charité zergliedert sich in mehrere bettenführende Centren) erarbeiteten einen Maßnahmenkatalog, der seit 1. Juni in Kraft ist und zu massiven Widerständen bei Pflegenden und Auszubildenden führt. Ein de facto Einstellungsstopp bei Stammkräften bei dem gleichzeitigen Versuch, externe Leiharbeit zu drosseln, führt zu verordneter Unterbesetzung auf vielen Stationen. Ausfälle sollen aus eigenen Ressourcen – also mit Überstunden und durch rechtswidrigen Einsatz von Auszubildenden – kompensiert werden. Ohnehin schon überplante Beschäftigte sollen durch Nebenabreden zum Arbeitsvertrag zur weiteren Selbstaubeutung überredet werden. Sogar Betten- und Stationsschließungen gehören zum Maßnahmenkatalog.

Vereint im Widerstand

Als die Maßnahmen in Leitungskreisen bekannt gemacht wurden, vergingen nur wenige Tage und eine breite Front des Widerstands formierte sich. Selbst aus der pflegerischen Führungsebene sind kritische Töne über die Unmöglichkeit der Umsetzung solcher Maßnahmen zu hören.

Personalräte sowie die Jugend- und Auszubildenden-Vertretung reagierten schnell und konsequent. Die Maßnahmen wurden in einem Flugblatt der Gewerkschaft ver.di breit im Betrieb und in der Berliner Öffentlichkeit bekannt gemacht. Während eines gut besuchten Pflegekongresses der beiden größten öffentli-

33 - Reader: Die Streiks bei Charité und CFM 2011

chen Krankenhausträger begannen die ersten Aktionen gegen den Maßnahmenkatalog. Es folgten ein Fernsehbericht in der „Berliner Abendschau“ und eine Mobilisierung zu Charité-weiten Kundgebungen.

Willkommen in der Tarifaueinandersetzung 2012

Die ver.di-Betriebsgruppe an der Charité bewies einmal mehr ihre Schlagkraft, denn die 2011 etablierten und erprobten Strukturen konnten fast sofort und angemessen auf die Charité-Provokation reagieren. Nach schneller Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Stimmung an die ver.di-Tarifkommission gemeldet, die Insider mit der kurz vor dem Streik 2011 verglichen. Arbeitshetze und Unterbesetzung auf den Stationen und in den Funktionsbereichen in der gesamten Klinik beförderten und beschleunigten gewerkschaftsinterne Abstimmungsprozesse.

Auf den Charité-weiten Kundgebungen am 18. Juni ließen die Streikführer des Jahres 2011 die Katze aus dem Sack. Zum Zeitpunkt der Kundgebungen um 15 Uhr hatte der Charité-Vorstand bereits seit vier Stunden die Aufforderung der Gewerkschaft ver.di zu Tarifverhandlungen über Mindestbesetzung, Gesundheitsschutz und Ausbildungsqualität auf dem Tisch. Die Charité ist somit die erste Klinik in Deutschland, die zu diesen Themen eine Auseinandersetzung führen wird.

Zentrale Forderungen

Unter dem Beifall der Beschäftigten wurden einige zentrale Forderungen öffentlich gemacht.

Mehr Personal ins Krankenhaus! Auf den Intensivstationen soll ein Betreuungsschlüssel von einer Pflegekraft für maximal zwei Patienten und bei entsprechendem Aufwand sogar eine 1:1-Betreuung durchgesetzt werden.

In den Normalpflegebereichen soll nicht mehr allein Nachtdienst gemacht werden.

Umfangreiche Ideen zum Gesundheitsschutz liegen vor. Es sollen tarifliche Instrumente zu deren Durchsetzung geschaffen werden, die auch Räume für Selbstorganisation und Entwicklung aus den Teams heraus ermöglichen.

Es sollen die Arbeitsbedingungen älterer Beschäftigter verbessert werden. So fordert ver.di eine Nachtdienstbefreiung für ältere Pflegekräfte, die nicht zu Versetzungen und Herabgruppierungen führt.

Regelungen zur Altersteilzeit und zur Verbesserung der Situation der Auszubildenden sollen durchgekämpft werden. Im Ausbildungsbereich gibt es dazu einen völlig separaten Forderungskatalog, dessen Schilderung den Rahmen hier sprengen würde.

Die Gewerkschaft beginnt an der Charité einen wichtigen Kampf im Gesundheitswesen. Es gilt nun dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht allein bleibt. ver.di bietet über die „Druck muss raus“-Bewegung eine überregionale und trägerübergreifende Plattform für solche Kämpfe. Nutzen wir diese!

** Funktionsangabe dient nur der Kenntlichmachung der Person*

1.10.2012: Neuer Tarifkonflikt an der Charité

Interview mit Dana L. von der ver.di-Betriebsgruppe am Berliner Uniklinikum. Mit ihr sprach Lucy Redler

An der Charité hat ver.di am 17. September den Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen für Mindestbesetzung und Gesundheitsförderung aufgefordert. Was fordert ihr genau?

Wir fordern eine Besetzung in den Bereichen und Stationen, die gute und gesunde Arbeit ermöglicht. Dazu sollen definierte Personal-Patientenschlüssel für die bettenführenden Bereiche verhandelt werden. Wir fordern beispielsweise die Umsetzung von internationalen Standards in der Intensivversorgung. Das bedeutet: Eine Pflegekraft ist höchstens für zwei Patienten zuständig, in speziellen Fällen sogar nur für einen. Im Moment sind durchschnittlich drei Patienten die Regel.

Die Mindestbesetzung ist ein Teil der Gesundheitsförderung, aber natürlich ist das nicht ausreichend. Ausgerechnet in den Gesundheitseinrichtungen wird sehr wenig in das betriebliche Gesundheitsförderungsmanagement investiert. So auch bei uns. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass das Risiko frühzeitig zu sterben bei Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeitern steigt, aufgrund von schichtdienstbedingten Erkrankungen wie Herz-Gefäßleiden oder Diabetes. Deswegen fordern wir unter anderem gesundheitsfördernde Ausgleiche und Regelungen von Nacht- und Bereitschaftsdiensten und anderen Belastungen. Wichtig sind uns auch Regelungen gegen das Demografieproblem in der Pflege, denn die Zahl der Mitarbeiter über 50 steigt dramatisch. Ich kann mir auch kaum vorstellen, diese Arbeit unter den aktuellen Bedingungen bis 67 zu machen.

Ihr seid also bundesweit Vorreiter für einen Tarifvertrag, der dies regelt. Was passiert, wenn der Arbeitgeber nicht auf Eure Forderungen reagiert?

Das „ultima ratio“ ist natürlich der Arbeitskampf. Viel wichtiger im Moment sind uns die intensive Öffentlichkeitsarbeit sowie die Unterstützung von verschiedenen Organisationen/ Parteien, um auf diesem Weg erst einmal Druck zu erzeugen.

Streik in einem Krankenhaus - geht das überhaupt?

Na, dass Streik in einem Krankenhaus geht, haben wir ja letztes Jahr bewiesen. Da waren aufgrund unserer Arbeitsniederlegung 50 Prozent der Betten frei, ohne dass jemand zu Schaden kam. Hauptsächlich lief das über Bettensperrungen und Stationsschließungen und die Anzahl der OPs wurde runtergefahren. Dazu gab es eine Notdienstvereinbarung.

Die Kolleginnen und Kollegen haben sehr vernünftig und sehr verantwortungsvoll gestreikt. Es war sogar so, dass die Kollegen sich nach der Hälfte der Dienstzeit ablösten, damit jeder mal streiken konnte. Das war eine neue Erfahrung für uns Pflegende. Ich war unglaublich stolz damals.

Wie bereitet ihr Euch auf die Auseinandersetzung nun vor? Wie ist die Stimmung bei den Kollegen?

Im Moment hat die Aufklärung der Kolleginnen und Kollegen oberste Priorität. Wir haben unsere ver.di-Betriebsgruppenzeitung reaktiviert und verteilen die in den Bereichen. Das gibt uns die Möglichkeit, mit unseren Kollegen persönlich zu sprechen. So bekommt man gleich ein Stimmungsbild.

Die Stimmung ist so, dass die Kolleg-Innen unbedingt Veränderung wollen und dass das, was wir da fordern, längst überfällig ist. Inwieweit die Kolleginnen und Kollegen auch streikbereit sind, darüber kann ich nur spekulieren. Wenn ich an 2011 denke, hätte ich niemals gedacht, dass so viele auf die Straße gehen. Genauso wird es vermutlich wieder kommen. Der Ärger jetzt wirkt auf mich größer als letztes Jahr, als es um mehr Lohn ging. Die Arbeitsbedingungen sind nicht besser geworden, eher schlechter. Das nun „teurere“ Personal wird, persönlich spürbar, durch Personaleinsparungen kompensiert.

www.sozialismus.info - die Website der SAV

Täglich neue Analysen und Berichte

Hintergrundinformationen

Internationales



sozialismus ■ info

2,- Euro  **SAV** *Sozialistische Alternative* ■